

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Zusatzabkommen vom 31. März 2015

zum Abkommen vom 21. Juli 1959

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik

zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen

und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe

auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

A. Problem und Ziel

Doppelbesteuerungen stellen bei internationaler wirtschaftlicher Betätigung grundsätzlich ein erhebliches Hindernis für Handel und Investitionen dar. Die steuervertraglichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik reichen bis in das Jahr 1959 zurück. Mit dem Zusatzabkommen vom 31. März 2015 wird das bestehende Abkommen vom 21. Juli 1959 zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in seiner geltenden Fassung geändert. Durch das vorliegende Zusatzabkommen soll das Abkommen an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten angepasst werden. Darüber hinaus wird ein Fiskalausgleich in Bezug auf die im Abkommen enthaltene Grenzgängerregelung eingeführt und die Rentenbesteuerung neu geregelt.

Die im Abkommen enthaltene Grenzgängerregelung führt aufgrund der unterschiedlichen Anzahl der französischen und der deutschen Grenzgänger zu einem fiskalischen Ungleichgewicht. Mit dem im Zusatzabkommen hierfür vereinbarten Fiskalausgleich wird dieses ausgeglichen.

Darüber hinaus wurde auch die von Frankreich gewünschte Neuregelung der Rentenbesteuerung mit einem Fiskalausgleich verbunden, da Deutschland insoweit von seiner generellen Abkommenspolitik, die nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften auch international durchzusetzen, abweicht. Frankreich hat sich auch hier verpflichtet, die aus der Neuregelung für Deutschland per Saldo entstehenden Steuermindereinnahmen durch Ausgleichszahlungen zu kompensieren.

B. Lösung

Das Zusatzabkommen vom 31. März 2015 enthält die dafür erforderlichen Regelungen. Es orientiert sich an dem OECD-Musterabkommen und seinem Kommentar.

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Zusatzabkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Bei den öffentlichen Haushalten ist im Saldo mit keinen nennenswerten finanziellen Auswirkungen zu rechnen. Steuermindereinnahmen dürften durch Steuermehreinnahmen beziehungsweise durch Einnahmen aus den Fiskalausgleichen weitgehend ausgeglichen werden.

E. Erfüllungsaufwand

Grundsätzlich wird durch Doppelbesteuerungsabkommen und damit auch durch Abkommen, die ein Doppelbesteuerungsabkommen ändern, kein eigenständiger Erfüllungsaufwand begründet, da sie lediglich die nach nationalem Steuerrecht bestehenden Besteuerungsrechte der beteiligten Vertragsstaaten voneinander abgrenzen.

Allerdings entsteht vor allem mit der Einführung der beiden Fiskalausgleiche ein geringfügiger Erfüllungsaufwand für die Verwaltung, die Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger.

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand kann für einige Bürgerinnen und Bürger dadurch entstehen, dass durch die Neuregelung des Besteuerungsrechts bei Alterseinkünften unbeschränkt Steuerpflichtige künftig für die aus Frankreich bezogenen Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung eine Steuererklärung in Deutschland abzugeben haben. Der sich daraus ergebende Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger ist jedoch nicht bezifferbar.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Durch das Zusatzabkommen entstehen für die Wirtschaft keine messbaren Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand.

Zwar haben die Unternehmen künftig die elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen der bei ihnen beschäftigten Grenzgänger mit dem

Kennbuchstaben FR und der Kennziffer für das Bundesland zu kennzeichnen, in dem die Grenzgänger im jeweiligen Veranlagungszeitraum tätig waren. Insoweit entstehen den Unternehmen in geringem Umfang nicht messbare Bürokratiekosten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Mit dem Zusatzabkommen werden die im bestehenden Abkommen enthaltenen Verfahrensregelungen zur gegenseitigen Beitreibungshilfe (Artikel XIV) und zur Durchführung von Verständigungs- und Schiedsverfahren (Artikel XVI) entsprechend dem OECD-Standard aktualisiert. Insoweit werden durch das Zusatzabkommen Pflichten für die Verwaltung erweitert beziehungsweise neu eingeführt. Eine Quantifizierung ist mangels belastbarer Daten nicht möglich. Da der Kreis der Betroffenen jedoch sehr gering sein dürfte, ist für die Verwaltung mit nicht messbaren Auswirkungen zu rechnen.

Darüber hinaus ergibt sich aus dem vorliegenden Vertragsgesetz in Bezug auf die Abwicklung der Fiskalausgleiche ab dem Jahr 2017 für die Verwaltung auf Bundesebene ein Erfüllungsaufwand in Höhe von etwa 6 000 Euro, ab dem Jahr 2018 in Höhe von etwa 3 000 Euro. In den Ländern entsteht einmaliger automationstechnischer Umstellungsaufwand. Die Höhe des Aufwands ist von hier aus nicht quantifizierbar. Sachkosten für den Einsatz oder die Entwicklung von IT-Verfahren werden voraussichtlich nicht anfallen. Der Mehrbedarf soll finanziell und stellenmäßig im Einzelplan erwirtschaftet werden.

F. Weitere Kosten

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 28. September 2015

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 31. März 2015 zum
Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der
Grundsteuern

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 936. Sitzung am 25. September 2015 beschlossen,
gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

Gesetz
zu dem Zusatzabkommen vom 31. März 2015
zum Abkommen vom 21. Juli 1959
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 31. März 2015 unterzeichneten Zusatzabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik zum Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (BGBl. 1961 II S. 397, 398) in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969 (BGBl. 1970 II S. 717, 719) und der Zusatzabkommen vom 28. September 1989 (BGBl. 1990 II S. 770, 772) und 20. Dezember 2001 (BGBl. 2002 II S. 2370, 2372) wird zugestimmt. Das Zusatzabkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Zuständige Behörde für die Abwicklung des Fiskalausgleichs gemäß Artikel 13 a des geänderten Abkommens ist das Bundeszentralamt für Steuern.

(2) Die Landesfinanzbehörden (§ 2 des Finanzverwaltungsgesetzes) und die Familienkassen (§ 7 Absatz 2 des Bundeskindergeldgesetzes) sind verpflichtet, dem Bundeszentralamt für Steuern die zur Abwicklung des Fiskalausgleichs erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.

(3) Zur Feststellung des Ausgleichsanspruchs gegenüber Frankreich übermitteln die Landesfinanzbehörden bis zum 15. März des Folgejahres dem Bundeszentralamt für Steuern die summierten Angaben der vorliegenden elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen nach § 41b des Einkommensteuergesetzes, die den Großbuchstaben FR im Sinne des Absatzes 6 aufweisen. In die Übermittlung sind auch die Fälle einzubeziehen, in denen der in Deutschland tätige Grenzgänger zur Einkommensteuer veranlagt wird. Wird bei in Deutschland tätigen Grenzgängern Lohnsteuer einbehalten, kann die Erstattung der einbehaltenen Lohnsteuer durch Abgabe einer Einkommensteuererklärung in entsprechender Anwendung des § 46 Absatz 2 Nummer 8 des Einkommensteuergesetzes beantragt werden; diese Fälle sind mit den Großbuchstaben FR zu kennzeichnen.

(4) Zur Feststellung der Länderanteile an der Ausgleichsverpflichtung gegenüber Frankreich und für Zwecke des Artikels 13 a Absatz 6 des Abkommens übermitteln die Finanzbehörden der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes dem Bundeszentralamt für Steuern jeweils den Gesamtbetrag der Bruttoarbeitslöhne der in Frankreich tätigen Grenzgänger des Veranlagungszeitraums, der dem Kalenderjahr vorangeht, das Gegenstand der Ausgleichsverpflichtung ist, bis zum 30. Juni des Folgejahres. Diese Fälle sind zu kennzeichnen.

(5) Zur Feststellung des Ausgleichsanspruchs gegenüber Frankreich übermitteln die Landesfinanzbehörden bis zum 15. März des Folgejahres der Familienkasse (§ 7 Absatz 2 des Bundeskindergeldgesetzes) den Namen, Vornamen, die Anschrift, das Geburtsdatum und, soweit vorhanden, die Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung der Grenzgänger, deren Daten in die Datenermittlung nach Absatz 3 einbezogen wurden. Die Familienkasse ermittelt das jährlich den Grenzgängern mit Wohnsitz in Frankreich bewilligte Kindergeld und teilt den Gesamtbetrag dem Bundeszentralamt für Steuern bis zum 15. April des Folgejahres mit.

(6) Der Arbeitgeber hat auf der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung nach § 41b des Einkommensteuergesetzes zusätzlich durch Eintragung der Großbuchstaben FR zu bescheinigen, dass es sich um einen Grenzgänger nach Artikel 13 Absatz 5 des Abkommens handelt. Durch Eintragung der Ziffer 1 für Baden-Württemberg, der Ziffer 2 für Rheinland-Pfalz oder der Ziffer 3 für das Saarland ist außerdem das Land anzugeben, in dem der Grenzgänger im Bescheinigungszeitraum zuletzt tätig war.

(7) Der Arbeitgeber hat eine Aufstellung über die Tätigkeitsorte des Grenzgängers im Bescheinigungszeitraum als Beleg zum Lohnkonto (§ 41 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes) zu nehmen; auf Verlangen hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer hierüber eine Bescheinigung zu erteilen. Bei Wegfall der Grenzgängereigenschaft ist der Arbeitgeber verpflichtet, bei der jeweils nachfolgenden Lohnzahlung noch nicht erhobene Lohnsteuer nachträglich einzubehalten; § 41c des Einkommensteuergesetzes gilt entsprechend.

Artikel 3

(1) Zuständige Behörde für die Abwicklung des Fiskalausgleichs gemäß Artikel 13 c Absatz 1 und 2 des geänderten Abkommens und des Abschnitts I Nummer 3

des Protokolls zum geänderten Abkommen ist das Bundeszentralamt für Steuern.

(2) Die Landesfinanzbehörden übermitteln dem Statistischen Bundesamt Rentenbezugsmitteilungen nach § 22a des Einkommensteuergesetzes für Personen,

1. für die eine Adresse in Frankreich vorhanden ist und
2. die Bezüge aus der deutschen gesetzlichen Sozialversicherung im Sinne des Artikels 13 Absatz 8 des geänderten Abkommens erhalten haben.

Die Übermittlung erfolgt bis zum 30. April des Jahres, das auf das Jahr folgt, in dem die Bezüge im Sinne von Satz 1 zugeflossen sind. Sie erfolgt erstmals für den Veranlagungszeitraum, der dem Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung des Zusatzabkommens vorausgeht.

(3) Die Landesfinanzbehörden teilen dem Statistischen Bundesamt die Anzahl der Personen im Sinne des Absatzes 2 mit, die für den Veranlagungszeitraum, der dem Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung des Zusatzabkommens vorausgeht, mit bestandskräftigem Einkommensteuerbescheid nach § 1 Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes antragsgemäß als unbeschränkt steuerpflichtig behandelt wurden. Diese Fälle sind zu kennzeichnen. Die Mitteilung gemäß Satz 1 erfolgt mit Stand vom 31. Dezember 2019 bis zum 30. April 2020.

(4) Die Deutsche Rentenversicherung teilt dem Bundeszentralamt für Steuern für die am letzten Bankarbeitstag des Monats Oktober auszufahrenden Rentenzahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung Folgendes mit:

1. die Anzahl aller Rentenzahlungen an Personen im Sinne des Absatzes 2 sowie
2. die Anzahl der Rentenzahlungen an Personen im Sinne des Absatzes 2 Nummer 2, für die eine Adresse in den Grenzländerdepartements Haut-Rhin (68), Bas-Rhin (67) und Moselle (57) vorhanden ist.

Die Mitteilung gemäß Satz 1 erfolgt bis zum 30. April des Folgejahres. Sie erfolgt erstmals für den Veranlagungszeitraum der erstmaligen Anwendung des Zusatzabkommens.

Artikel 4

(1) Einnahmen, die durch Ausgleichsansprüche gemäß Artikel 13 a des geänderten Abkommens gegenüber Frankreich begründet sind, fließen der Lohnsteuer zu. Der Länder- und Gemeindeanteil an diesen Einnahmen wird auf die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland im Verhältnis der Bruttoarbeitslöhne verteilt, wie sie vom Bundeszentralamt für Steuern auf der Basis der übermittelten Daten nach Artikel 2 Absatz 3 und 6 festgestellt wurden. Abweichend hiervon betragen die Länder- und Gemeindeanteile aus der Pauschalzahlung im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens für Baden-Württemberg 50 Prozent, Rheinland-Pfalz 10 Prozent und das Saarland 40 Prozent.

(2) Erstattungen, die durch Ausgleichsverpflichtungen gemäß Artikel 13 a des geänderten Abkommens gegenüber Frankreich begründet sind, mindern die Lohnsteuer. Der Länder- und Gemeindeanteil an diesen Erstattungen wird auf die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland im Verhältnis der Bruttoarbeitslöhne verteilt, wie sie vom Bundeszentralamt für Steuern auf der Basis der übermittelten Daten nach Artikel 2 Absatz 4 festgestellt wurden.

(3) Einnahmen und Erstattungen, die durch Ausgleichsansprüche oder Ausgleichsverpflichtungen gemäß Artikel 13 c Absatz 1 und 2 des geänderten Abkommens und des Abschnitts I Nummer 3 des Protokolls zum geänderten Abkommen begründet sind, fließen der Einkommensteuer zu oder mindern sie. Der Länder- und Gemeindeanteil an diesen Einnahmen oder Erstattungen wird auf die Länder wie folgt verteilt:

1. In Höhe einer Vorabzuweisung auf die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland im Verhältnis der Anzahl der Rentenzahlungen gemäß Artikel 3 Absatz 4 Nummer 2 zur Anzahl der Rentenzahlungen gemäß Artikel 3 Absatz 4 Nummer 1. Die Länder- und Gemeindeanteile an dieser Vorabzuweisung betragen für Baden-Württemberg 50 Prozent, für Rheinland-Pfalz 10 Prozent und für das Saarland 40 Prozent.
2. Der nach Abzug der Vorabzuweisung vom Länder- und Gemeindeanteil der Einnahmen oder Erstattungen verbleibende Betrag wird nach dem im Staatsabkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 30./31. März 1949 festgelegten Schlüssel (Königsteiner Schlüssel) verteilt.

Artikel 5

Das Bundesministerium der Finanzen kann das Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in der durch das Zusatzabkommen vom 31. März 2015 geänderten Fassung bekannt machen.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzabkommen nach seinem Artikel XVIII Nummer 1 Satz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

(3) Die Artikel 2 und 4 des Gesetzes sind erstmals für den Veranlagungszeitraum anzuwenden, der dem Jahr des Inkrafttretens des Zusatzabkommens folgt.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Zusatzabkommen vom 31. März 2015 findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Zusatzabkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 Absatz 2, 3, 5 und 6 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel enthält die für die Durchführung des Fiskalausgleichs nach § 13 a („Grenzgängerfiskalausgleich“) des durch das Zusatzabkommen geänderten Abkommens erforderlichen Regelungen. Diese Regelungen betreffen auch das von den Landesfinanzbehörden anzuwendende Verfahren (Artikel 108 Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes).

Der in Artikel 2 verwendete Begriff „Grenzgänger“ ist im Sinne der in das geänderte Abkommen eingeführten Legaldefinition zu verstehen.

Absatz 1 bestimmt das Bundeszentralamt für Steuern als die für die Abwicklung des Fiskalausgleichs zuständige Behörde. Darunter fällt insbesondere die Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich sowie zwischen Bund und Ländern und die Sammlung der für die Ermittlung des Ausgleichsanspruchs erforderlichen Daten und dessen Berechnung. Demgegenüber ist zuständige Behörde im Sinne von Artikel 13 a Absatz 6 des geänderten Abkommens das Bundesministerium der Finanzen. Dies betrifft insbesondere den Erlass von Verwaltungsanweisungen, die die Einzelheiten der innerstaatlichen Durchführung des Grenzgängerfiskalausgleichs regeln, und die gegebenenfalls mit Frankreich zu treffenden verfahrenstechnischen Absprachen sowie die nach Artikel 13 a Absatz 6 Satz 2 und 3 des geänderten Abkommens vorgesehenen Überprüfungen und Anpassungen.

Absatz 2 begründet eine Pflicht der Landesfinanzbehörden und der Familienkassen, dem Bundeszentralamt für Steuern die zur Abwicklung des Fiskalausgleichs erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.

Absatz 3 verpflichtet die Landesfinanzbehörden dazu, die zur Feststellung des Grenzgängerfiskalausgleichs erforderlichen Angaben bis zum 15. März des Jahres, das auf das Steuerjahr folgt, für das der Fiskalausgleich zu ermitteln ist, dem Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln. Die Meldungen der Landesfinanzbehörden beschränken sich naturgemäß auf die Angaben der zum Übermittlungszeitpunkt bereits vorliegenden elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen. Die Angaben der erst nach diesem Zeitpunkt eingehenden Lohnsteuerbescheinigungen finden Eingang in die Meldung des darauffolgenden Jahres. Absatz 3 Satz 3 zielt insbesondere auf Leiharbeitnehmer ab und ersetzt das bisher praktizierte formlose Erstattungsverfahren durch ein formelles Verfahren in Form einer Antragsveranlagung in entsprechender Anwendung des § 46 Absatz 2 Nummer 8 des Einkommensteuergesetzes.

Um die Länderanteile am Grenzgängerfiskalausgleich zugunsten Frankreichs und die für die Überprüfungen und Anpassungen nach Artikel 13 a Absatz 6 des geänderten Abkommens erforderlichen Daten zur Verfügung zu haben, bestimmt **Absatz 4**, dass Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland als die Länder, in denen die in Frankreich tätigen Grenzgänger ihre ständige Wohnstätte haben, bis zum 30. Juni des Folgejahres den jeweiligen Gesamtbetrag der Bruttoarbeitslöhne eines Veranlagungszeitraums dieser Grenzgänger dem Bundeszentralamt für Steuern übermitteln.

Die Bruttoarbeitsvergütung, die nach Artikel 13 a Absatz 1 Satz 1 des geänderten Abkommens die Bemessungsgrundlage für den Grenzgängerfiskalausgleich bildet, umfasst nach Artikel 13 a Absatz 2 des geänderten Abkommens auch das Kindergeld. **Absatz 5** stellt sicher, dass die Familienkasse von den Landesfinanzbehörden die nötigen Informationen erhält, um dem Bundeszentralamt für Steuern den Gesamtbetrag des den Grenzgängern mit ständiger Wohnstätte in

Frankreich bewilligten Kindergeldes mitteilen zu können. Eventuelle Rückabwicklungen bleiben unberücksichtigt.

Absatz 6 enthält Dokumentationspflichten für den Arbeitgeber, die für die Ermittlung des Grenzgängerfiskalausgleichs zugunsten Deutschlands und für die Feststellung der Länderanteile an dem Ausgleich erforderlich sind.

Absatz 7 enthält Nachweispflichten für den Arbeitgeber, die vor allem der Überprüfung der Grenzgängereigenschaft im Rahmen der Lohnsteueraußenprüfung dienen.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel enthält die für die Durchführung des Fiskalausgleichs nach § 13 c („Rentenfiskalausgleich“) des durch das Zusatzabkommen geänderten Abkommens erforderlichen Regelungen. Diese Regelungen betreffen auch das von den Landesfinanzbehörden anzuwendende Verfahren (Artikel 108 Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes).

Absatz 1 bestimmt das Bundeszentralamt für Steuern als die für die Abwicklung des Fiskalausgleichs zuständige Behörde. Darunter fällt insbesondere die Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich sowie zwischen Bund und Ländern. Demgegenüber ist zuständige Behörde im Sinne von Artikel 13 c Absatz 3 des geänderten Abkommens und nach Abschnitt I Nummer 3 des Protokolls zum geänderten Abkommen das Bundesministerium der Finanzen. Dies betrifft insbesondere den Erlass von Verwaltungsanweisungen, die die Einzelheiten der innerstaatlichen Durchführung des Rentenfiskalausgleichs regeln, und die gegebenenfalls mit Frankreich zu treffenden verfahrenstechnischen Absprachen sowie die Ermittlung des Fiskalausgleichs für die Jahre ab 2021.

Absatz 2 stellt die Ermittlung der Anzahl der in Frankreich ansässigen Empfänger von Altersbezügen aus der deutschen gesetzlichen Sozialversicherung sicher. Diese Anzahl zählt zu den maßgeblichen Faktoren für die Fortschreibung des Rentenfiskalausgleichs ab 2021 (Abschnitt I Nummer 3 Buchstabe a des Protokolls zum geänderten Abkommen).

Absatz 3 stellt die Ermittlung des Anteils der in Frankreich ansässigen, zur unbeschränkten Steuerpflicht in Deutschland optierenden Empfänger von Altersbezügen aus der deutschen gesetzlichen Sozialversicherung (Optionsquote) für den Veranlagungszeitraum vor der erstmaligen Anwendung des Zusatzabkommens sicher. Die Optionsquote zählt zu den maßgeblichen Faktoren für die Fortschreibung des Rentenfiskalausgleichs ab 2021 (Abschnitt I Nummer 3 Buchstabe e des Protokolls zum geänderten Abkommen).

Nach Absatz 4 meldet die Deutsche Rentenversicherung dem Bundeszentralamt für Steuern stichtagsbezogen die Anzahl der Rentenzahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung an Rentner mit französischer Adresse und die Anzahl der Zahlungen, die hiervon an Rentner mit Adresse in den Grenzgängerdepartements Haut-Rhin (68), Bas-Rhin (67) und Moselle (57) erfolgen. Stichtag ist der letzte Bankarbeitstag des Monats Oktober als Tag der Rentenzahlung gemäß § 118 Absatz 1 und § 272a Absatz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch. Die Zahlen bilden die Grundlage für die Berechnung der Vorabzuweisung aus dem Länder- und Gemeindeanteil am Fiskalausgleich nach Artikel 4 Absatz 3 Satz 2 durch das Bundeszentralamt für Steuern.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel regelt die vertikale und horizontale Verteilung der Einnahmen und Erstattungen aus den Fiskalausgleichen.

Die Absätze 1 und 2 regeln die Verteilung des Grenzgängerfiskalausgleichs. Beim Grenzgängerfiskalausgleich werden die von jeder Seite errechneten Ausgleichsbeträge von der jeweils anderen Seite erstattet. Absatz 1 bezieht sich auf die sich hieraus für Deutschland ergebenden Einnahmen. Absatz 2 bezieht sich auf die sich hieraus zu Lasten Deutschlands ergebenden Erstattungen.

Absatz 3 regelt die Verteilung des Rentenfiskalausgleichs. Im Unterschied zum Grenzgängerfiskalausgleich werden beim Rentenfiskalausgleich die gegenseitigen Ansprüche verrechnet und nur der Saldo an die Seite mit dem höheren Anspruch ausgeglichen. Absatz 3 Satz 2 sieht für die Verteilung des Länder- und Gemeindeanteils am Rentenfiskalausgleich eine Vorabzuweisung an die Grenz-

gängerländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland vor und trägt so dem Grundsatz der Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen Rechnung. Der nach Abzug der Vorabzuweisung verbleibende Rest des Länder- und Gemeindeanteils am Rentenfiskalausgleich wird nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt.

Zu Artikel 5

Im Interesse der Anwenderfreundlichkeit ermächtigt dieser Artikel das Bundesministerium der Finanzen, den Wortlaut des Abkommens in der durch das Zusatzabkommen vom 31. März 2015 geänderten Fassung zur veröffentlichen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Zusatzabkommen nach seinem Artikel XVIII Nummer 1 Satz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Absatz 3 regelt die erstmalige Anwendung der Artikel 2 und 4; Artikel 3 enthält eigene, abweichende Regelungen bezüglich seiner Anwendung.

Schlussbemerkung

Durch das Zusatzabkommen vom 31. März 2015 wird das geltende Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in zahlreichen Bereichen aktualisiert und an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik angepasst. Die folgenden im Zusatzabkommen vorgesehenen Änderungen sind hervorzuheben:

- Das Besteuerungsrecht für Rentenzahlungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung wird neu geregelt. Das Besteuerungsrecht, das bisher dem jeweiligen Quellenstaat zustand, geht mit dem Zusatzabkommen an den Ansässigkeitsstaat des Rentenberechtigten über. Im Gegenzug werden die hierdurch dem jeweiligen Quellenstaat entstehenden fiskalischen Einbußen durch den Ansässigkeitsstaat ausgeglichen.
- Es wird ein Fiskalausgleich in Bezug auf die Grenzgängerregelung des Abkommens eingeführt. Damit wird eine bereits im Rahmen der Abkommensrevision von 1989 gegebene politische Absichtserklärung umgesetzt und den unterschiedlichen Grenzgängerströmen Rechnung getragen.

Zu den zahlreichen weiteren Änderungen durch das Zusatzprotokoll zählen die Anpassung des Artikels über die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, des Artikels über die gegenseitige Beitreibungshilfe und der Artikel über das Verständigungs- und das Schiedsverfahren an den aktuellen OECD-Standard, die Aufnahme einer Regelung zur Besteuerung von Investmentvermögen, die Aufnahme eines Artikels zur Besteuerung von Künstlern, Sportlern und Models sowie die steuerliche Anerkennung von Beiträgen zu Altersvorsorgeeinrichtungen im anderen Vertragsstaat.

Für die Verwaltung entsteht durch das Gesetz ein Erfüllungsaufwand ab dem Jahr 2017 beim Bund in Höhe von etwa 6 000 Euro, ab dem Jahr 2018 in Höhe von etwa 3 000 Euro. In den Ländern entsteht ein einmaliger automationstechnischer Umstellungsaufwand. Die Höhe des Aufwands ist von hier aus nicht quantifizierbar.

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine messbaren Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Zusatzabkommen
zum Abkommen vom 21. Juli 1959
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern
in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969
und der Zusatzabkommen vom 28. September 1989 und 20. Dezember 2001

Avenant
à la Convention du 21 juillet 1959
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
en vue d'éviter les doubles impositions
et d'établir des règles d'assistance administrative
et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,
ainsi qu'en matière de contribution des patentes et de contributions foncières,
modifiée par les Avenants des 9 juin 1969, 28 septembre 1989 et 20 décembre 2001.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik –

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement de la République française,

in dem Wunsch, das Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969 und der Zusatzabkommen vom 28. September 1989 und 20. Dezember 2001, im Folgenden als „das Abkommen“ bezeichnet, zu ändern –

Désireux de modifier la Convention du 21 juillet 1959 entre la République fédérale d'Allemagne et la République française en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contribution des patentes et de contributions foncières, modifiée par les Avenants des 9 juin 1969, 28 septembre 1989 et 20 décembre 2001, ci-après dénommée «la Convention»,

haben Folgendes vereinbart:

sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel I

Article 1^{er}

1. In Artikel 1 wird ein neuer Absatz 1 eingefügt:

1. Il est inséré à l'article 1^{er} de la Convention un nouveau paragraphe (1) ainsi rédigé:

„(1) Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.“

«(1) La présente Convention s'applique aux personnes qui sont des résidents d'un Etat contractant ou des deux Etats contractants.»

2. Artikel 1 Absätze 1, 2, 3 und 4 werden Absätze 2, 3, 4 und 5.

2. Les paragraphes (1), (2), (3) et (4) de l'article 1^{er} de la Convention deviennent les paragraphes (2), (3), (4) et (5) de cet article.

3. Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

3. L'alinéa a) du sous-paragraphe 4 du paragraphe (1) de l'article 2 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

„4. a) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder und ihre Gebietskörperschaften.“

«4. a) Au sens de la présente Convention, l'expression «résident d'un Etat contractant» désigne toute personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat, en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue et s'applique aussi à cet Etat ainsi qu'à ses subdivisions politiques ou collectivités territoriales.»

4. Artikel 2 Absatz 1 Nummer 8 wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„8. Der Begriff „zuständige Behörden“ im Sinne dieses Abkommens bedeutet aufseiten der Bundesrepublik das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat, und aufseiten Frankreichs den Finanzminister oder seinen bevollmächtigten Vertreter.“

Artikel II

1. Artikel 3 Absatz 4 Satz 2 des Abkommens wird aufgehoben.

2. Artikel 4 Absatz 4 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(4) Die Absätze 1 und 3 gelten sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutznießung als auch für die durch Vermietung oder jede andere Art der Nutzung des gewerblichen Unternehmens erzielten Einkünfte.“

3. Artikel 7 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 7

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 3 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das Betriebsvermögen eines Unternehmens ist und sich zusammensetzt aus Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die von diesem Unternehmen im internationalen Verkehr betrieben werden, aus Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, oder aus beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien oder vergleichbaren Anteilen bezieht, deren Wert zu mehr als 50 vom Hundert unmittelbar oder mittelbar auf unbeweglichem Vermögen beruht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden. Bei der Anwendung dieser Bestimmung ist unbewegliches Vermögen, das von einem Rechtsträger unmittelbar zur Ausübung seiner Geschäftstätigkeit (zum Beispiel bei einem Bergwerk oder Hotel) verwendet wird, nicht zu berücksichtigen.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. Besteuert der erstgenannte Vertrags-

4. Le sous-paragraphe 8 du paragraphe (1) de l'article 2 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«8. L'expression «autorités compétentes» au sens de la présente Convention désigne, en ce qui concerne la République fédérale, le ministère fédéral des finances ou le service auquel il a délégué ses pouvoirs et, en ce qui concerne la France, le ministre en charge des finances ou son représentant autorisé la.»

Article II

1. La seconde phrase du paragraphe (4) de l'article 3 de la Convention est supprimée.

2. Le paragraphe (4) de l'article 4 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«(4) Les paragraphes (1) et (3) s'appliquent aussi bien aux revenus provenant de l'administration et de la jouissance directes qu'aux revenus acquis au moyen de la location ou de toutes autres formes d'utilisation de l'entreprise industrielle ou commerciale.»

3. L'article 7 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 7

(1) Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers visés à l'article 3, et situés dans l'autre Etat contractant, sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant ou de biens mobiliers affectés à une base fixe dont dispose un résident d'un Etat contractant dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris de tels gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

(3) Les gains provenant de l'aliénation de biens faisant partie de l'actif d'une entreprise et qui sont des navires ou aéronefs exploités par cette entreprise en trafic international, des bateaux servant à la navigation intérieure ou des biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires, aéronefs ou bateaux ne sont imposables que dans l'Etat contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

(4) Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'aliénation d'actions, de parts ou droits tirant directement ou indirectement plus de 50 pour cent de leur valeur de biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat. Pour l'application de cette disposition, ne sont pas pris en considération les biens immobiliers directement affectés par une entité à sa propre activité d'entreprise (telle qu'une mine ou un hôtel).

(5) Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés aux paragraphes (1), (2), (3) et (4) ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

(6) Lorsqu'une personne physique a été résident d'un Etat contractant pendant une période de 5 ans ou plus et est devenue résident de l'autre Etat contractant, le paragraphe (5) n'interdit pas au premier Etat d'imposer selon son droit interne la plus-value réalisée, pendant la période de résidence de cette personne dans cet Etat, sur les participations dans une société résidente de celui-ci. Lorsque le premier Etat contractant impose la plus-value susmentionnée à la suite du

staat bei Wegzug einer in diesem Staat ansässigen natürlichen Person den Vermögenszuwachs, so wird bei späterer Veräußerung der Anteile, wenn der daraus erzielte Gewinn in dem anderen Staat nach Absatz 5 besteuert wird, dieser Staat bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns als Anschaffungskosten den Wert der Anteile im Zeitpunkt des Wegzugs zugrunde legen. Verringert sich der Wert der Anteile nach dem Wegzug, ist für die Berechnung der Veräußerungsgewinne durch den erstgenannten Staat der Veräußerungspreis zu berücksichtigen.“

Artikel III

Artikel 4 Absatz 9 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(9) Die Absätze 1 und 3 sind nicht dahin auszulegen, dass sie einem der Vertragsstaaten verbieten, in Übereinstimmung mit diesem Abkommen die Einkünfte zu besteuern, die ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats aus Quellen innerhalb des erstgenannten Staates bezieht (Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, Veräußerungsgewinne im Sinne des Artikels 7 Absätze 1 und 4, Dividenden), wenn diese Einkünfte keiner im Gebiet des erstgenannten Staates gelegenen Betriebsstätte zugerechnet werden können.“

Artikel IV

In Artikel 9 des Abkommens wird folgender neuer Absatz 10 eingefügt:

„(10) Die Absätze 2, 3 und 5 gelten nicht für Dividenden aus Einkünften oder Gewinnen, die aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 3 erzielt wurden, wenn sie von einem Investmentvermögen gezahlt werden,

- a) das diese Einkünfte größtenteils jährlich ausschüttet und
- b) dessen Einkünfte oder Gewinne aus diesem unbeweglichen Vermögen von der Steuer befreit sind,

soweit der Nutzungsberechtigte dieser Dividenden unmittelbar oder mittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals des die Dividenden zahlenden Investmentvermögens verfügt. In diesem Fall können die Dividenden zu dem Satz besteuert werden, den das innerstaatliche Recht des Vertragsstaats, aus dem die Dividenden stammen, vorsieht.“

Artikel V

Artikel 12 des Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Der erste Absatz wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Einkünfte aus selbständiger Arbeit und alle übrigen Einkünfte aus Arbeit, die nicht in den Artikeln 13, 13 b und 14 aufgeführt sind, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die persönliche Tätigkeit ausgeübt wird, aus der die Einkünfte herrühren.“

2. Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel VI

Artikel 13 des Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz 5 Buchstabe a wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„a) Ungeachtet der Absätze 1, 3 und 4 können Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit von Personen, die im Grenzgebiet eines Vertragsstaats arbeiten und ihre ständige Wohnstätte, zu der sie in der Regel jeden Tag zurückkehren, im Grenzgebiet des anderen Vertragsstaats haben („Grenzgänger“), nur in diesem anderen Staat besteuert werden.“

transfert de résidence d'une personne physique depuis cet Etat, et lorsque les participations sont ultérieurement cédées et que les gains en résultant sont imposés conformément au paragraphe (5) dans l'autre Etat, ce dernier retiendra comme valeur d'acquisition, pour calculer le gain en capital, la valeur des participations au moment du transfert de résidence. Si le prix de cession est inférieur à la valeur des participations au moment du transfert de résidence, c'est ce prix de cession qui sera pris en compte pour la détermination du gain en capital par le premier Etat.»

Article III

Le paragraphe (9) de l'article 4 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«(9) Les paragraphes (1) et (3) ne peuvent être interprétés comme interdisant à l'un des Etats contractants d'imposer, conformément à la présente Convention, les revenus provenant de sources situées sur son territoire et bénéficiant à une entreprise de l'autre Etat contractant (revenus de biens immobiliers, gains en capital visés aux paragraphes (1) et (4) de l'article 7, dividendes), au cas où ces revenus ne peuvent être attribués à un établissement stable situé sur le territoire de l'Etat désigné en premier lieu.»

Article IV

L'article 9 de la Convention est complété par un nouveau paragraphe (10) ainsi rédigé:

«(10) Les dispositions des paragraphes (2), (3) et (5) ne s'appliquent pas aux dividendes versés à partir de revenus ou de gains tirés de biens immobiliers au sens de l'article 3 par un véhicule d'investissement:

- a) qui distribue la plus grande partie de ces revenus annuellement; et
- b) dont les revenus ou les gains tirés de ces biens immobiliers sont exonérés d'impôts;

lorsque le bénéficiaire effectif de ces dividendes détient, directement ou indirectement, 10 pour cent ou plus du capital du véhicule qui paie les dividendes. Dans ce cas, les dividendes sont imposables au taux prévu par la législation nationale de l'Etat contractant d'où ils proviennent.»

Article V

L'article 12 de la Convention est ainsi modifié:

1. Le paragraphe (1) est remplacé par les dispositions suivantes:

«(1) Les revenus provenant de l'exercice d'une profession libérale et tous les revenus du travail autres que ceux visés aux articles 13, 13 b et 14 ne sont imposables que dans l'Etat contractant où s'exerce l'activité personnelle, source de ces revenus.»

2. La seconde phrase du paragraphe (2) est supprimée.

Article VI

L'article 13 de la convention est ainsi modifié:

1. L'alinéa a) du paragraphe (5) de l'article 13 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«a) Nonobstant les paragraphes (1), (3) et (4), les revenus provenant du travail dépendant de personnes qui travaillent dans la zone frontalière d'un Etat contractant et qui ont leur foyer d'habitation permanent dans la zone frontalière de l'autre Etat contractant où elles rentrent normalement chaque jour (travailleurs frontaliers) ne sont imposables que dans cet autre Etat;»

2. Absatz 8 wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(8) Ruhegehälter, Renten (einschließlich Bezügen aus der gesetzlichen Sozialversicherung) und ähnliche Vergütungen können nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Begünstigte ansässig ist.“

Artikel VII

Nach Artikel 13 des Abkommens wird folgender neue Artikel 13 a eingefügt:

„Artikel 13 a

(1) Der nach Artikel 13 Absatz 5 zur Besteuerung der Vergütungen berechnete Staat zahlt dem Staat, in dem die nichtselbständige Arbeit ausgeübt wird, eine Entschädigung in Höhe eines Teils der aufgrund der Sitzlandbesteuerung der Grenzgänger erhobenen Steuer vom Einkommen aus dieser nichtselbständigen Arbeit. Diese Entschädigung wird auf 1,5 vom Hundert der gesamten Bruttojahresvergütungen der Grenzgänger festgelegt.

(2) Der Ausdruck „Bruttojahresvergütungen“ im Sinne des Absatzes 1 bedeutet alle Einnahmen in bar oder in Sachleistungen aus einer vollständig oder teilweise für eine andere Person ausgeübten Tätigkeit, einschließlich gesetzlicher oder vereinbarter Bezüge, zum Beispiel Kindergeld von einem Arbeitgeber oder einer Familienkasse, Zahlungen für Krankenversicherung. Abzüge jeglicher Art, wie zum Beispiel Pflichtversicherungsbeiträge oder freiwillige Versicherungsbeiträge, sind nicht zu berücksichtigen. Vom Arbeitgeber gezahlte Erstattungen für Aufwendungen, die zur Arbeitsausübung getätigt wurden, fließen nicht in die Bruttovergütung ein.

(3) Bei in der Bundesrepublik tätigen Grenzgängern im Sinne des Artikels 13 Absatz 5 Buchstabe a werden die gesamten Gehaltsbezüge aus den Bruttojahresvergütungen von Grenzgängern anhand der jährlichen Gehaltsaufstellungen ermittelt, die die Arbeitgeber am Ende eines jeden Kalenderjahres den deutschen Steuerbehörden übermitteln müssen.

(4) Bei in Frankreich tätigen Grenzgängern im Sinne des Artikels 13 Absatz 5 Buchstabe a werden die gesamten Gehaltsbezüge aus den Bruttojahresvergütungen von Grenzgängern anhand der jährlichen Gehaltsaufstellungen ermittelt, die die Arbeitgeber am Ende eines jeden Kalenderjahres den französischen Steuerbehörden übermitteln müssen.

(5) Die nach den Absätzen 3 und 4 ermittelten Beträge sind spätestens am 30. April des Folgejahres von der jeweiligen zuständigen Steuerbehörde beider Staaten an die zuständige Steuerbehörde des anderen Staates zu übersenden. Beide Staaten zahlen die Entschädigung spätestens am 30. Juni desselben Jahres.

(6) Die zuständigen Behörden ergreifen in gegenseitigem Einvernehmen die zur Anwendung dieses Artikels erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen. Sie halten alle fünf Jahre ein Treffen ab, um zu überprüfen, ob der in Absatz 1 genannte Anteil nach wie vor eine Entschädigung von maximal 44 vom Hundert der Steuer auf die in Absatz 1 genannten gesamten Bruttojahresvergütungen der Grenzgänger ergibt. Ist dies nicht der Fall, wird der in Absatz 1 genannte Anteil entsprechend angepasst werden.“

Artikel VIII

Nach dem neuen Artikel 13 a des Abkommens wird ein neuer Artikel 13 b eingefügt.

„Artikel 13 b

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler (wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker), Sportler oder Model aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht,

2. Le paragraphe (8) est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«(8) Les pensions, les rentes (y compris les sommes versées au titre des assurances sociales légales) et les autres rémunérations similaires ne sont imposables que dans l'Etat dont le bénéficiaire est un résident.»

Article VII

Après l'article 13 de la Convention est inséré un nouvel article 13 a ainsi rédigé:

«Article 13 a

(1) L'Etat qui dispose du droit d'imposer les rémunérations conformément au paragraphe (5) de l'article 13 de la Convention paie à l'Etat dans lequel le travail dépendant est exercé une compensation correspondant à une fraction de l'impôt sur le revenu provenant de ce travail dépendant recouvré lors de l'imposition des travailleurs frontaliers dans leur Etat de résidence. Cette compensation est fixée à 1,5 pour cent de la masse totale des rémunérations brutes annuelles des travailleurs frontaliers.

(2) L'expression «rémunérations brutes annuelles» mentionnée au paragraphe (1) désigne tous revenus en numéraire ou autre, tirés d'une activité entièrement ou partiellement exercée pour le compte d'autrui, y compris les allocations légales ou conventionnelles, par exemple les allocations familiales versées par l'employeur ou une caisse d'allocations familiales, ou les prestations d'assurance maladie. Aucune déduction d'aucune sorte, telle que les cotisations aux assurances obligatoires ou facultatives n'est prise en compte. Les sommes payées par l'employeur au titre du remboursement des frais engagés pour l'exercice de l'activité ne sont pas incluses dans les rémunérations brutes.

(3) S'agissant des travailleurs frontaliers mentionnés à l'alinéa a) du paragraphe (5) de l'article 13 de la Convention travaillant en République fédérale, la masse salariale totale des rémunérations brutes annuelles des travailleurs frontaliers est déterminée à partir des déclarations annuelles de salaires que les employeurs sont tenus de déposer à la fin de chaque année civile auprès des autorités fiscales allemandes.

(4) S'agissant des travailleurs frontaliers mentionnés à l'alinéa a) du paragraphe (5) de l'article 13 de la Convention travaillant en France, la masse salariale totale des rémunérations brutes annuelles des travailleurs frontaliers est déterminée à partir des déclarations annuelles de salaires que les employeurs sont tenus de déposer à la fin de chaque année civile auprès des autorités fiscales françaises.

(5) Les montants déterminés aux paragraphes (3) et (4) doivent être transmis par l'autorité compétente de chaque Etat à celle de l'autre Etat au plus tard le 30 avril de l'année suivant celle de leur réalisation. Chacun des Etats paie la compensation le 30 juin de la même année au plus tard.

(6) Les autorités compétentes arrêtent d'un commun accord les mesures administratives nécessaires pour l'application des dispositions du présent article. Elles se rencontreront tous les 5 ans afin de vérifier que le pourcentage mentionné au paragraphe (1) ne se traduit pas par une compensation supérieure à 44 pour cent de l'impôt recouvré sur la masse totale des rémunérations brutes annuelles des travailleurs frontaliers visée au paragraphe (1). Dans le cas contraire, elles ajusteront le pourcentage mentionné au paragraphe (1) en conséquence.»

Article VIII

Après le nouvel article 13 a de la Convention est inséré un nouvel article 13 b ainsi rédigé:

«Article 13 b

(1) Nonobstant les dispositions des articles 4, 12 et 13, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre Etat contractant en tant qu'artiste du spectacle (tel qu'un artiste de théâtre, de cinéma,

können ungeachtet der Artikel 4, 12 und 13 im anderen Staat besteuert werden. Einkünfte eines in einem Vertragsstaat ansässigen und ehemals im anderen Vertragsstaat ansässigen Künstlers, Sportlers oder Modells, die von einer im anderen Staat ansässigen Person für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung seines Namens, seines Bildes oder sonstiger Persönlichkeitsrechte gezahlt werden, können ungeachtet des Artikels 15 im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte im Sinne des Absatzes 1 nicht dem Künstler, Sportler oder Model selbst, sondern einer anderen, auch außerhalb der Vertragsstaaten ansässigen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 4, 12 und 13 in dem Vertragsstaat besteuert werden, aus dem die in Absatz 1 Satz 2 genannten Einkünfte bezogen werden oder in dem der Künstler, der Sportler oder das Model seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 dieses Artikels gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unterstützt wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.“

Artikel IX

Nach dem neuen Artikel 13 b des Abkommens wird ein neuer Artikel 13 c eingefügt.

„Artikel 13 c

(1) Der nach Artikel 13 Absatz 8 zur Besteuerung der Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung berechnete Vertragsstaat schuldet dem Vertragsstaat, aus dem die Bezüge stammen, eine Entschädigung in Höhe der Steuer, die der Staat, aus dem die Bezüge stammen, nach seinen steuerlichen Vorschriften hätte erheben dürfen.

(2) Der Differenzbetrag der gemäß Absatz 1 festgesetzten Entschädigungen wird am oder vor dem 30. Juni des Jahres, das auf das Jahr folgt, für das die Entschädigung festgesetzt wurde, von dem Vertragsstaat gezahlt, der dem anderen Vertragsstaat die höhere Entschädigung schuldet. Die Zahlungen sind erstmals für das Jahr fällig, in dem Artikel VI des Zusatzabkommens vom 31. März 2015 nach seinem Artikel XVIII Absatz 2 anzuwenden ist.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten ergreifen in gegenseitigem Einvernehmen die zur Anwendung dieses Artikels erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen.“

Artikel X

Artikel 14 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 14

(1) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen sowie Ruhegehälter, die einer der Vertragsstaaten, ein Land, eine Gebietskörperschaft oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts dieses Staates, dieses Landes oder dieser Gebietskörperschaft an in dem anderen Staat ansässige natürliche Personen für gegenwärtige oder frühere Dienstleistungen in der Verwaltung oder in den Streitkräften zahlt, können nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Vergütungen an Personen gezahlt werden, die die Staatsangehörigkeit des anderen Staates besitzen, ohne zugleich Staatsangehörige des erstgenannten Staates zu sein; in diesem Fall können die Vergütungen nur von dem Staat besteuert werden, in dem diese Personen ansässig sind.

de la radio ou de la télévision, ou qu'un musicien), ou en tant que sportif ou mannequin, sont imposables dans cet autre Etat. Nonobstant les dispositions de l'article 15, lorsqu'un artiste du spectacle, un sportif ou un mannequin, résident d'un Etat contractant et antérieurement résident de l'autre Etat contractant, tire des revenus d'un résident de l'autre Etat contractant au titre de l'usage ou du droit d'usage de son nom, de son image ou d'autres attributs de la personnalité, ces revenus sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Lorsque les revenus mentionnés au paragraphe (1) sont attribués non pas à l'artiste du spectacle, au sportif ou au mannequin lui-même mais à une autre personne, résident ou non d'un Etat contractant, ces revenus sont, nonobstant les dispositions des articles 4, 12 et 13, imposables dans l'Etat contractant dont les revenus mentionnés dans la seconde phrase du paragraphe (1) sont tirés ou dans lequel les activités d'artiste du spectacle, de sportif ou de mannequin sont exercées.

(3) Les dispositions des paragraphes (1) et (2) du présent article ne s'appliquent pas aux revenus tirés d'activités exercées dans un Etat contractant par des artistes ou des sportifs si le séjour dans cet Etat est entièrement ou principalement financé par des fonds publics de l'autre Etat, de ses subdivisions politiques, ou de ses collectivités territoriales. Dans ce cas, les revenus ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont l'artiste ou le sportif est résident.“

Article IX

Après le nouvel article 13 b de la Convention est inséré un nouvel article 13 c ainsi rédigé:

«Article 13 c

(1) L'Etat qui dispose du droit d'imposer les sommes versées au titre des assurances sociales légales conformément au paragraphe (8) de l'article 13 de la Convention paie à l'Etat d'où proviennent les sommes une compensation correspondant à l'impôt que cet Etat pourrait prélever en vertu de sa législation fiscale.

(2) Le solde des montants de compensation déterminé conformément aux dispositions du paragraphe (1) est payé par l'Etat contractant qui doit le montant le plus élevé à l'autre Etat contractant au plus tard le 30 juin de l'année suivant l'année au titre de laquelle la compensation a été déterminée. Les paiements sont dus à compter de l'année au titre de laquelle les dispositions de l'article VI de l'Avenant du 31 mars 2015 prennent effet conformément au paragraphe (2) de l'article XVIII de cet Avenant.

(3) Les autorités compétentes des Etats contractants prennent d'un commun accord les mesures administratives nécessaires à l'application des dispositions du présent article.“

Article X

L'article 14 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 14

(1) Les traitements, salaires et rémunérations analogues, ainsi que les pensions de retraite versés par un des Etats contractants, un Land, une collectivité territoriale ou par une personne morale de droit public de cet Etat, de ce Land ou de cette collectivité territoriale à des personnes physiques résidents de l'autre Etat en considération de services administratifs ou militaires actuels ou antérieurs, ne sont imposables que dans le premier Etat. Toutefois, cette disposition n'est pas applicable lorsque les rémunérations sont versées à des personnes possédant la nationalité de l'autre Etat sans être en même temps ressortissantes du premier Etat; dans ce cas, les rémunérations ne sont imposables que dans l'Etat dont ces personnes sont les résidents.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für Pensionen, Leibrenten und andere wiederkehrende oder einmalige Bezüge, die von einem der Vertragsstaaten, einem Land, einer Gebietskörperschaft oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates, dieses Landes oder dieser Gebietskörperschaft als Vergütung für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist.

(3) Absatz 1 gilt nicht für Zahlungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines der beiden Vertragsstaaten, eines Landes, einer Gebietskörperschaft oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates, dieses Landes oder dieser Gebietskörperschaft stehen. Einrichtungen wie öffentliche Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und Universitäten üben keine auf Gewinnerzielung gerichtete gewerbliche Tätigkeit im Sinne des vorstehenden Satzes aus.“

Artikel XI

1. Artikel 15 Absatz 4 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn der Bezugsberechtigte der Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen in dem Vertragsstaat, aus dem diese Einkünfte stammen, eine Betriebsstätte unterhält oder eine feste Geschäftseinrichtung, die der Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit oder einer anderen selbständigen Tätigkeit dient, und wenn diese Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen dieser Betriebsstätte oder festen Geschäftseinrichtung zuzurechnen sind. In diesem Fall hat der genannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.“

2. Artikel 15 Absatz 5 des Abkommens wird aufgehoben.

Artikel XII

1. In Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens wird Satz 1 durch folgenden Satz ersetzt:

„Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden vorbehaltlich der Buchstaben b, c und d die Einkünfte aus Frankreich sowie die in Frankreich gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Frankreich besteuert werden können.“

2. In Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe c des Abkommens wird Satz 1 durch folgenden Satz ersetzt:

„Die französische Steuer, die nach diesem Abkommen auf andere als die unter Buchstabe b fallenden Dividenden sowie auf die unter Artikel 7 Absatz 4, Artikel 11, Artikel 13 Absatz 6 und Artikel 13 b fallenden Einkünfte, die aus Frankreich stammen, erhoben wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die deutsche Steuer angerechnet, die auf diese Einkünfte entfällt.“

3. Nach Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe c wird ein neuer Buchstabe d eingefügt:

„d) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a und anderer Bestimmungen dieses Abkommens wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe c vermieden, wenn die Bundesrepublik gegenüber Frankreich auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe c anzuwenden beabsichtigt. Der vorstehende Satz gilt nur für Einkünfte nach Artikel 4 und 12. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung nach Buchstabe c vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.“

(2) Les dispositions de la première phrase du paragraphe (1) sont également applicables aux pensions, rentes viagères et autres prestations, périodiques ou non, versées par l'un des Etats contractants, un Land, une collectivité territoriale ou une personne morale de droit public de cet Etat, de ce Land ou de cette collectivité territoriale en raison de dommages subis du fait d'hostilités ou de persécutions politiques.

(3) Les dispositions du paragraphe (1) ne sont pas applicables aux rémunérations versées au titre de services rendus à l'occasion d'une activité commerciale ou industrielle exercée, à des fins lucratives, par l'un des deux Etats contractants, un Land, une collectivité territoriale ou une personne morale de droit public de cet Etat, de ce Land ou de cette collectivité territoriale. Pour l'application de la phrase précédente, les services rendus par les hôpitaux, les jardins d'enfants, les écoles et les universités publics ne sont pas considérés comme une activité commerciale ou industrielle exercée à des fins lucratives.»

Article XI

1. Le paragraphe (4) de l'article 15 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«(4) Les paragraphes (1) à (3) ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des redevances ou autres rémunérations entretient dans l'Etat contractant dont proviennent ces revenus un établissement stable ou une installation fixe d'affaires servant à l'exercice d'une profession libérale ou d'une autre activité indépendante et que ces redevances ou autres rémunérations sont à attribuer à cet établissement stable ou à cette installation fixe d'affaires. Dans ce cas, ledit Etat a le droit d'imposer ces revenus.»

2. Le paragraphe (5) de l'article 15 de la Convention est abrogé.

Article XII

1. La première phrase de l'alinéa a) du paragraphe (1) de l'article 20 de la Convention est remplacée par les dispositions suivantes:

«Sous réserve des dispositions des alinéas b), c) et d), sont exclus de la base de l'imposition allemande les revenus provenant de France et les éléments de la fortune situés en France qui, en vertu de la présente Convention, sont imposables en France.»

2. La première phrase de l'alinéa c) du paragraphe (1) de l'article 20 de la Convention est remplacée par les dispositions suivantes:

«L'impôt français perçu conformément à la présente Convention sur les dividendes autres que ceux visés à l'alinéa b) ci-dessus ainsi que sur les revenus visés au paragraphe (4) de l'article 7, à l'article 11, au paragraphe (6) de l'article 13 et à l'article 13 b, qui proviennent de France est imputé, sous réserve des dispositions de la législation allemande concernant l'imputation de l'impôt étranger, sur l'impôt allemand afférent à ces mêmes revenus.»

3. Après l'alinéa c) du paragraphe (1) de l'article 20 de la Convention est inséré l'alinéa d) ainsi rédigé:

«d) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a) et les autres dispositions de la présente Convention, la double imposition est évitée par la voie de l'imputation conformément aux dispositions de l'alinéa c), dès lors que la République fédérale notifie à la France par la voie diplomatique les autres revenus pour lesquels elle envisage d'appliquer la méthode de l'imputation conformément à l'alinéa c). Les dispositions de la phrase précédente ne s'appliquent qu'aux revenus visés aux articles 4 et 12. La double imposition est évitée par la voie de l'imputation conformément aux dispositions de l'alinéa c) pour les revenus notifiés à compter du premier jour de l'année civile suivant l'année civile au cours de laquelle la notification a été communiquée.»

4. Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a Satz 1 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgenden Satz ersetzt:
- „a) Einkünfte, die aus der Bundesrepublik stammen und nach diesem Abkommen dort besteuert werden können, können auch in Frankreich besteuert werden, wenn sie von einer in Frankreich ansässigen Person erzielt werden und nach innerstaatlichem französischem Recht nicht von der Körperschaftsteuer befreit sind.“
5. Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a Doppelbuchstaben aa, bb und cc des Abkommens werden aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:
- „aa) bei den unter Artikel 7 Absätze 1, 4 und 6, Artikel 9 Absätze 2, 5, 9 und 10, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 6 und Artikel 13 b Absätze 1 und 2 fallenden Einkünften dem Betrag der nach diesen Artikeln in der Bundesrepublik gezahlten Steuer. Er darf jedoch den Betrag der diesen Einkünften entsprechenden französischen Steuer nicht überschreiten.
- bb) bei allen anderen Einkünften dem Betrag der diesen Einkünften entsprechenden französischen Steuer, soweit die in Frankreich ansässige Person mit diesen Einkünften der deutschen Steuer unterliegt. Diese Bestimmung gilt insbesondere auch für die Einkünfte, die unter Artikel 3, Artikel 4 Absätze 1 und 3, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 Absätze 2, 3 und 5, Artikel 12 Absatz 1, Artikel 13 Absätze 1 und 2 sowie Artikel 14 fallen.“
6. Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:
- „b) Wird eine in Frankreich ansässige Gesellschaft dort nach französischem innerstaatlichem Recht anhand einer konsolidierten Bemessungsgrundlage besteuert, die insbesondere die Gewinne und Verluste der in der Bundesrepublik ansässigen Tochtergesellschaften oder der in der Bundesrepublik gelegenen Betriebstätten umfasst, so schließt dieses Abkommen die Anwendung des französischen innerstaatlichen Rechts nicht aus. In diesem Fall kann die deutsche Steuer nicht von solchen Einkünften abgezogen werden, die in Frankreich ansässige Person hat jedoch Anspruch auf einen Anrechnungsbetrag bei der französischen Steuer. Die Steueranrechnung entspricht der in der Bundesrepublik entrichteten Steuer. Dieser Steueranrechnungsbetrag darf jedoch den Betrag der auf diese Einkünfte entfallenden französischen Steuer nicht überschreiten.“
4. La première phrase de l'alinéa a) du paragraphe (2) de l'article 20 de la Convention est abrogée et remplacée par les dispositions suivantes:
- «a) Les revenus qui proviennent de la République fédérale et qui y sont imposables conformément aux dispositions de la présente Convention sont également imposables en France lorsqu'ils reviennent à un résident de France et lorsqu'ils ne sont pas exemptés de l'impôt sur les sociétés en application de la législation interne française.»
5. Les sous-alinéas aa), bb) et cc) de l'alinéa a) du paragraphe (2) de l'article 20 de la Convention sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:
- «aa) Pour les revenus visés aux paragraphes (1), (4) et (6) de l'article 7, aux paragraphes (2), (5), (9) et (10) de l'article 9, au paragraphe (2) de l'article 11, au paragraphe (6) de l'article 13 et aux paragraphes (1) et (2) de l'article 13 b, au montant de l'impôt payé en République fédérale, conformément aux dispositions de ces articles. Il ne peut toutefois excéder le montant de l'impôt français correspondant à ces revenus;
- bb) Pour tous les autres revenus, au montant de l'impôt français correspondant à ces revenus, à condition que le bénéficiaire résident de France soit soumis à l'impôt allemand à raison de ces revenus. Cette disposition est notamment applicable aux revenus visés à l'article 3, aux paragraphes (1) et (3) de l'article 4, au paragraphe (1) de l'article 6, aux paragraphes (2), (3) et (5) de l'article 7, au paragraphe (1) de l'article 12, aux paragraphes (1) et (2) de l'article 13 et à l'article 14.»
6. L'alinéa b) du paragraphe (2) de l'article 20 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:
- «b) Lorsqu'une société qui est un résident de France est imposée dans cet Etat, en application de la législation interne française, sur un résultat fiscal consolidé, comprenant en particulier les bénéfices ou pertes des filiales résidentes de République fédérale ou des établissements stables situés en République fédérale, les dispositions de la présente Convention ne s'opposent pas à l'application des dispositions prévues par la législation interne française. Dans ce cas, l'impôt allemand n'est pas déductible de ce revenu, mais le résident de France a droit à un crédit d'impôt imputable sur l'impôt français. Ce crédit d'impôt est égal au montant de l'impôt payé en République fédérale. Ce crédit d'impôt ne peut toutefois excéder le montant de l'impôt français correspondant à ces revenus.»

Artikel XIII

Artikel 21 des Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Am Ende von Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Im Sinne des Satzes 1 gilt, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person, juristische Person, Personengesellschaft oder Personenvereinigung nicht den gleichen Verhältnissen unterworfen wird wie eine nicht in diesem Staat ansässige natürliche Person, juristische Person, Personengesellschaft oder Personenvereinigung; dies gilt unabhängig von der Begriffsbestimmung der Staatsangehörigkeit, auch wenn juristische Personen, Personengesellschaften und Personenvereinigungen als Staatsangehörige des Vertragsstaats gelten, in dem sie ansässig sind.“
2. Nach Absatz 5 wird ein neuer Absatz 6 eingefügt:
- „(6) Beiträge von einer oder für eine in einem Vertragsstaat tätige natürliche Person an eine Altersvorsorgeeinrichtung,
- a) die im anderen Vertragsstaat steuerlich anerkannt ist,

Article XIII

L'article 21 de la Convention est modifié comme suit:

1. Le paragraphe (1) est complété par une phrase ainsi rédigée:
- «Pour l'application de la phrase précédente, il est entendu qu'une personne physique ou morale, une société de personnes ou une association qui est un résident d'un Etat contractant ne se trouve pas dans la même situation qu'une personne physique ou morale, une société de personnes ou une association qui n'est pas un résident de cet Etat; cela est vrai quelle que soit la définition de la nationalité, même si les personnes morales, les sociétés de personnes et les associations sont considérées comme des nationaux de l'Etat contractant dont elles sont des résidents.»
2. Après le paragraphe (5) est inséré un nouveau paragraphe (6) ainsi rédigé:
- «(6) Lorsqu'une personne physique exerce des activités dans un Etat contractant, les cotisations qui sont versées par cette personne ou pour son compte à un régime de retraite
- a) reconnu aux fins de l'imposition dans l'autre Etat contractant,

- b) bei der die natürliche Person unmittelbar vor Aufnahme der Tätigkeit im erstgenannten Staat Mitglied war,
- c) bei der die natürliche Person zum Zeitpunkt ihrer Tätigkeit oder ihrer Ansässigkeit im anderen Staat Mitglied war, und
- d) bei der die zuständige Behörde des erstgenannten Staates festgestellt hat, dass sie allgemein einer Altersvorsorgeeinrichtung entspricht, die in diesem Staat als solche steuerliche anerkannt ist,

werden zum Zwecke

- e) der Ermittlung der im erstgenannten Staat von der natürlichen Person zu entrichtenden Steuer und
- f) der Ermittlung der Gewinne eines Unternehmens, die im erstgenannten Staat besteuert werden können,

in diesem Staat in gleicher Weise und nach den gleichen Bedingungen und Einschränkungen behandelt wie Beiträge zu einer im erstgenannten Staat steuerlich anerkannten Altersvorsorgeeinrichtung. Im Sinne von Satz 1

- a) bedeutet der Ausdruck „Altersvorsorgeeinrichtung“ eine Einrichtung, an der sich die natürliche Person zur Sicherung von Ruhestandsleistungen beteiligt, die für die im vorstehenden Satz genannte Tätigkeit zu zahlen sind, und
- b) ist eine Altersvorsorgeeinrichtung in einem Staat steuerlich anerkannt, wenn für die an diese Einrichtung geleisteten Beiträge in diesem Staat eine Steuerentlastung gewährt würde.“

3. Absätze 6 und 7 werden Absätze 7 und 8.

Artikel XIV

Artikel 23 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 23

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung von Steueransprüchen. Diese Amtshilfe wird durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Steueranspruch“ bedeutet einen Betrag, der auf Grund von Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten, eines ihrer Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung diesem Abkommen oder anderen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, nicht widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, Geldbußen und Kosten der Erhebung und Sicherung.

(3) Ist der Steueranspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Erhebung nicht verhindern kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Erhebung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Steueranspruch wird vom anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Vollstreckung und Erhebung seiner eigenen Steuern erhoben, als handele es sich bei dem Steueranspruch um einen Steueranspruch des anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem Steueranspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung einleiten kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der andere Staat leitet nach seinen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Steueranspruch ein, als wäre der Steueranspruch ein Steueranspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Steuer-

b) auquel la personne a participé immédiatement avant de commencer d'exercer des activités dans cet Etat,

c) auquel la personne a participé à un moment où elle exerçait des activités dans l'autre Etat ou y résidait, et

d) qui est accepté par l'autorité compétente de cet Etat comme correspondant de façon générale à un régime de retraite reconnu comme tel aux fins de l'imposition dans cet Etat,

sont, aux fins

e) de déterminer l'impôt payable par cette personne dans le premier Etat, et

f) de déterminer les bénéfices d'une entreprise qui sont imposables dans le premier Etat,

traitées dans ce premier Etat de la même façon et dans les mêmes conditions et restrictions que le sont les cotisations à un régime de retraite reconnu aux fins de l'imposition dans ce premier Etat. Aux fins de la phrase précédente:

a) l'expression «régime de retraite» signifie un arrangement auquel la personne physique participe afin de bénéficier de prestations de retraite payables à l'égard des activités visées à la phrase précédente, et

b) un régime de retraite est reconnu aux fins de l'imposition dans un Etat si les cotisations à ce régime sont admissibles à un allègement fiscal dans cet Etat.»

3. Les paragraphes (6) et (7) deviennent respectivement les paragraphes (7) et (8).

Article XIV

L'article 23 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 23

(1) Les Etats contractants se prêtent mutuellement assistance pour le recouvrement de leurs créances fiscales. Cette assistance n'est pas limitée par l'article 1^{er}. Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent régler d'un commun accord les modalités d'application du présent article.

(2) Le terme «créance fiscale» tel qu'il est utilisé dans cet article désigne une somme due au titre d'impôts de toute nature ou dénomination perçus pour le compte des Etats contractants, de leurs subdivisions politiques ou collectivités territoriales, dans la mesure où l'imposition correspondante n'est pas contraire à cette Convention ou à tout autre instrument auquel ces Etats contractants sont parties, ainsi que les intérêts, pénalités administratives et coûts de recouvrement ou de conservation afférents à ces impôts.

(3) Lorsqu'une créance fiscale d'un Etat contractant qui est recouvrable en vertu des lois de cet Etat et est due par une personne qui, à cette date, ne peut, en vertu de ces lois, empêcher son recouvrement, cette créance fiscale est, à la demande des autorités compétentes de cet Etat, acceptée en vue de son recouvrement par les autorités compétentes de l'autre Etat contractant. Cette créance fiscale est recouvrée par cet autre Etat conformément aux dispositions de sa législation applicable en matière de recouvrement de ses propres impôts comme si la créance en question était une créance fiscale de cet autre Etat.

(4) Lorsqu'une créance fiscale d'un Etat contractant est une créance à l'égard de laquelle cet Etat peut, en vertu de sa législation, prendre des mesures conservatoires pour assurer son recouvrement, cette créance doit, à la demande des autorités compétentes de cet Etat, être acceptée aux fins de l'adoption de mesures conservatoires par les autorités compétentes de l'autre Etat contractant. Cet autre Etat doit prendre des mesures conservatoires à l'égard de cette créance fiscale conformément aux dispositions de sa législation comme s'il s'agissait d'une créance fiscale de cet autre Etat même si, au moment où

anspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen im erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Erhebung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannter Steueranspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Bestimmungen über vorrangige Behandlung eines Steueranspruchs nach dem Recht dieses Staates. Ferner hat ein Steueranspruch, der von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Steueranspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe des Steueranspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden.

(7) Verliert der betreffende Steueranspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach den Absätzen 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Steueranspruch erhoben und an den erstgenannten Staat ausbezahlt hat,

- a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Erhebung nicht verhindern kann, oder
- b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung einleiten kann,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und nach Wahl des anderen Staates setzt der erstgenannte Staat das Ersuchen entweder aus oder nimmt es zurück.

(8) Dieser Artikel ist in keinem Fall so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung widersprechen;
- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Erhebung oder gegebenenfalls Sicherung ausgeschöpft hat, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind;
- d) Amtshilfe zu leisten, wenn der Verwaltungsaufwand für diesen Staat im Vergleich zum sich daraus ergebenden Vorteil für den anderen Vertragsstaat unverhältnismäßig hoch ist.“

Artikel XV

Artikel 24 Absatz 1 Satz 2 des Abkommens wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Diese Mitglieder werden im Empfangsstaate zu den in Artikel 1 bezeichneten Steuern nur mit den in den Artikeln 3 und 7 genannten Einkünften und den in Artikel 19 Absätze 1, 2, 3 und 4 behandelten Vermögen herangezogen oder soweit die Steuer im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird.“

Artikel XVI

Artikel 25 und 25 a des Abkommens werden aufgehoben und durch folgenden neuen Artikel 25 ersetzt:

„Artikel 25

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Be-

ces mesures sont appliquées, la créance fiscale n'est pas recouvrable dans le premier Etat ou est due par une personne qui a le droit d'empêcher son recouvrement.

(5) Nonobstant les dispositions des paragraphes (3) et (4), les délais de prescription et la priorité applicables, en vertu de la législation d'un Etat contractant, à une créance fiscale en raison de sa nature en tant que telle ne s'appliquent pas à une créance fiscale acceptée par cet Etat aux fins des paragraphes (3) ou (4). En outre, une créance fiscale acceptée par un Etat contractant aux fins du paragraphe (3) ou (4) ne peut se voir appliquer aucune priorité dans cet Etat en vertu de la législation de l'autre Etat contractant.

(6) Les procédures concernant l'existence, la validité ou le montant d'une créance fiscale d'un Etat contractant ne sont pas soumises aux tribunaux ou organismes administratifs de l'autre Etat contractant.

(7) Lorsqu'à tout moment après qu'une demande a été formulée par un Etat contractant en vertu des paragraphes (3) ou (4) et avant que l'autre Etat ait recouvré et transmis le montant de la créance fiscale en question au premier Etat, cette créance fiscale cesse d'être:

- a) dans le cas d'une demande présentée en vertu du paragraphe (3), une créance fiscale du premier Etat qui est recouvrable en vertu des lois de cet Etat et est due par une personne qui, à ce moment, ne peut, en vertu des lois de cet Etat, empêcher son recouvrement, ou
- b) dans le cas d'une demande présentée en vertu du paragraphe (4), une créance fiscale du premier Etat à l'égard de laquelle cet Etat peut, en vertu de sa législation, prendre des mesures conservatoires pour assurer son recouvrement

les autorités compétentes du premier Etat notifient promptement ce fait aux autorités compétentes de l'autre Etat et le premier Etat, au choix de l'autre Etat, suspend ou retire sa demande.

(8) Les dispositions du présent article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation:

- a) de prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation et à sa pratique administrative ou à celles de l'autre Etat contractant;
- b) de prendre des mesures qui seraient contraires à l'ordre public;
- c) de prêter assistance si l'autre Etat contractant n'a pas pris toutes les mesures raisonnables de recouvrement ou de conservation, selon le cas, qui sont disponibles en vertu de sa législation ou de sa pratique administrative;
- d) de prêter assistance dans les cas où la charge administrative qui en résulte pour cet Etat est nettement disproportionnée par rapport aux avantages qui peuvent en être tirés par l'autre Etat contractant.»

Article XV

La deuxième phrase du paragraphe (1) de l'article 24 de la Convention est remplacée par les dispositions suivantes:

«Ces membres ne seront assujettis aux impôts visés à l'article 1^{er}, dans l'Etat auprès duquel ils sont accrédités, que pour les revenus spécifiés aux articles 3 et 7 et pour la fortune mentionnée aux paragraphes (1), (2), (3) et (4) de l'article 19, ou dans la mesure où l'impôt est perçu par voie de retenue à la source.»

Article XVI

Les articles 25 et 25 a de la Convention sont abrogés et remplacés par un nouvel article 25 ainsi rédigé:

«Article 25

(1) Lorsqu'une personne estime que les mesures prises par un Etat contractant ou par les deux Etats contractants entraînent

steuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 21 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall in gegenseitigem Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die einvernehmliche Regelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Soweit

- a) eine Person einen Fall nach Absatz 1 der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats unterbreitet hat, weil die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führten, und
- b) die zuständigen Behörden nicht innerhalb von drei Jahren ab Vorlage des Falles bei der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats eine Einigung zur Lösung des Falles nach Absatz 2 erzielen können,

werden ungelöste Streitfragen des Falles auf Antrag der Person einem Schiedsverfahren unterworfen. Diese ungelösten Streitfragen werden jedoch nicht einem Schiedsverfahren unterworfen, wenn ein (Verwaltungs-)Gericht eines der beiden Staaten bereits über sie entschieden hat. Sofern die einvernehmliche Regelung zur Umsetzung der schiedsrichterlichen Entscheidung nicht von einer unmittelbar von dem Fall betroffenen Person abgelehnt wird, ist diese Entscheidung für beide Vertragsstaaten bindend und ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts dieser Staaten umzusetzen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie dieser Absatz durchzuführen ist.“

Artikel XVII

1. Der Titel des Protokolls vom 21. Juli 1959 zum Abkommen wird aufgehoben und durch folgenden Titel ersetzt:

„Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom
Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern“

2. Nach dem Titel des Protokolls vom 21. Juli 1959 zum Abkommen wird folgender neuer Abschnitt I eingefügt:

ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, elle peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est un résident ou, si son cas relève du paragraphe (1) de l'article 21, à celle de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité. Le cas doit être soumis dans les trois ans qui suivent la première notification de la mesure qui entraîne une imposition non conforme aux dispositions de la Convention.

(2) L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de résoudre le cas par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à la Convention. L'accord est appliqué quels que soient les délais prévus par le droit interne des Etats contractants.

(3) Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application de la Convention. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'éliminer la double imposition dans les cas non prévus par la Convention.

(4) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles, y compris au sein d'une commission mixte composée de ces autorités ou de leurs représentants, en vue de parvenir à un accord comme il est indiqué aux paragraphes précédents.

(5) Lorsque

- a) en vertu du paragraphe (1), une personne a soumis un cas à l'autorité compétente d'un Etat contractant en se fondant sur le fait que les mesures prises par un Etat contractant ou par les deux Etats contractants ont entraîné pour cette personne une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, et que
- b) les autorités compétentes ne parviennent pas à un accord permettant de résoudre ce cas en vertu du paragraphe (2) dans un délai de trois ans à compter de la présentation du cas à l'autorité compétente de l'autre Etat contractant,

les questions non résolues soulevées par ce cas sont soumises à arbitrage à la demande de la personne. Ces questions non résolues ne sont toutefois pas soumises à arbitrage si une décision sur ces questions a déjà été rendue par un tribunal judiciaire ou administratif de l'un des Etats. À moins qu'une personne directement concernée par le cas n'accepte pas l'accord amiable par lequel la décision d'arbitrage est appliquée, cette décision lie les deux Etats contractants et doit être appliquée quels que soient les délais prévus par le droit interne de ces Etats. Les autorités compétentes des Etats contractants règlent par accord amiable les modalités d'application du présent paragraphe.»

Article XVII

1. Le titre du Protocole du 21 juillet 1959 à la Convention est abrogé et remplacé par le titre suivant:

«Protocole
à la Convention entre
la République fédérale d'Allemagne
et la République française
en vue d'éviter les doubles impositions
et d'établir des règles d'assistance administrative
et juridique réciproque en matière d'impôts
sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière
de contribution des patentes et de contributions foncières»

2. Après le titre du Protocole du 21 juillet 1959 à la Convention est inséré un nouveau paragraphe I ainsi rédigé:

„I. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik haben die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

1. Hinsichtlich der Artikel 9, 10 und 15 gilt, dass ein Pensionsfonds oder eine andere Einrichtung, die in einem der Vertragsstaaten errichtet und ausschließlich zur Verwaltung, Finanzierung und Bereitstellung von an natürliche Personen gezahlten Ruhegeldern oder anderen Bezügen und Vorteilen aus einer früheren nicht-selbstständigen Arbeit unterhalten wird und in diesem Vertragsstaat nicht der in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe c oder Nummer 2 Buchstabe b genannten Steuer unterliegt, ungeachtet anderer Bestimmungen des Abkommens Anspruch auf die Vergünstigungen nach Artikel 9, 10 und 15 hat, sofern am Ende des vorangegangenen Steuerjahres mehr als 50 vom Hundert ihrer Begünstigten, Mitglieder oder Teilnehmer in einem der beiden Vertragsstaaten ansässige natürliche Personen sind.
2. Hinsichtlich des Artikels 13 b Absätze 1 und 2 gilt als Model eine Person, deren haupt- oder nebenberufliche Tätigkeit darin besteht, der Öffentlichkeit Produkte (zum Beispiel Kleidung, Schmuck, Kosmetika) zu präsentieren, und zwar unabhängig von der Art der Präsentation (zum Beispiel Modenschauen oder Fotoaufnahmen).
3. Hinsichtlich des Artikels 13 c gilt, dass für die Berechnung des Differenzbetrages nach Artikel 13 c Absätze 1 und 2 als Bezugsgröße eine Zahlung Frankreichs in Höhe von 16 Millionen Euro für das Referenzjahr 2013 zugrunde gelegt wird. Der Differenzbetrag erhöht sich ab 2014 jährlich um einen Satz von 9,4 % des für das Vorjahr berechneten Betrages bis zur Höhe von 30 Millionen Euro im Jahr 2020.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten kommen rechtzeitig vor dem Jahr 2021 zusammen und treffen sich danach regelmäßig im Abstand von fünf Jahren, um die Entwicklung der Entschädigungen für den folgenden Fünfjahreszeitraum nach Artikel 13 c Absätze 1 und 2 festzulegen.

Bei dieser Festlegung sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- a) die Anzahl der Begünstigten, die in einem der Vertragsstaaten ansässig sind und Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhalten;
- b) die durchschnittliche Höhe der Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung eines der Vertragsstaaten, die an Begünstigte des anderen Vertragsstaats gezahlt werden;
- c) der steuerpflichtige Teil der Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung eines jeden Vertragsstaats;
- d) der durchschnittliche Steuersatz, der auf Bezüge erhoben würde, die in einem Vertragsstaat ansässige Begünstigte aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhalten, wenn die Begünstigten dieser Bezüge in diesem anderen Vertragsstaat steuerpflichtig wären;
- e) der Anteil der in Frankreich ansässigen Begünstigten, die Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung der Bundesrepublik beziehen und für die unbeschränkte Steuerpflicht optiert haben, gemäß den endgültigen Zahlen des Jahres, das dem Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung von Artikel VI des Zusatzabkommens vom 31. März

«I. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française sont convenus des dispositions suivantes, qui constituent partie intégrante de la Convention.

1. En ce qui concerne les articles 9, 10 et 15 de la Convention, il est entendu que nonobstant toute autre disposition de la Convention, un fonds de pension ou un autre organisme constitué dans l'un des Etats contractants et établi exclusivement aux fins de l'administration, du financement et du versement à des personnes physiques des prestations de retraite ou autres pensions et avantages d'un précédent travail dépendant, et qui n'est pas soumis dans cet Etat à l'impôt visé aux alinéas 1.c) ou 2.b) du paragraphe (2) de l'article 1^{er}, a droit aux avantages des articles 9, 10 et 15, à condition qu'à la fin de l'exercice fiscal précédent, plus de 50 pour cent de ses bénéficiaires, membres ou participants, soient des personnes physiques résidents de l'un des Etats contractants.
2. En ce qui concerne les paragraphes (1) et (2) de l'article 13 b, il est entendu que sera considérée comme mannequin toute personne exerçant à titre principal ou accessoire une activité consistant à présenter des produits (vêtements, bijoux, produits de beauté par exemple) au public, quelles que soient les conditions de présentation (défilés ou photographies par exemple).
3. En ce qui concerne l'article 13 c de la Convention, il est entendu que, conformément aux paragraphes (1) et (2) de l'article 13 c, le solde des montants de compensation est calculé sur la base d'un paiement de 16 millions d'euros de la part de la France au titre de l'année 2013. A partir de 2014, le solde calculé pour chaque année augmente l'année suivante de 9,4 pour cent par an, pour atteindre 30 millions d'euros en 2020.

Les autorités compétentes des Etats contractants se rencontrent en temps utile avant 2021 et se rencontrent tous les cinq ans à compter de cette date pour déterminer l'évolution de la compensation pour la période de cinq ans suivante, conformément aux paragraphes (1) et (2) de l'article 13 c.

Cette évolution doit prendre en compte les facteurs suivants:

- a) le nombre de bénéficiaires résidents d'un Etat contractant percevant des pensions versées au titre des assurances sociales légales par l'autre Etat contractant;
- b) le montant moyen des pensions versées au titre des assurances sociales légales par un Etat contractant aux bénéficiaires résidents de l'autre Etat contractant;
- c) la part imposable applicable aux pensions versées au titre des assurances sociales légales dans chaque Etat contractant;
- d) le taux moyen d'imposition qui serait appliqué aux pensions versées par un Etat contractant au titre des assurances sociales légales aux résidents de l'autre Etat contractant, si les bénéficiaires de ces pensions étaient soumis à l'impôt dans le premier Etat;
- e) la proportion de bénéficiaires résidents de France percevant des pensions au titre des assurances sociales légales de la République fédérale qui ont opté pour une obligation fiscale illimitée, conformément aux chiffres définitifs concernant la dernière année avant la prise d'effet de l'article VI de l'Avenant du 31 mars 2015, sauf si les autorités

2015 vorausgeht, soweit sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nicht später auf eine andere Methode der Ermittlung des rechnerischen Anteils der Begünstigten für die Veranlagungszeiträume nach dem Jahr 2020 einigen;

- f) Steuerrechtsänderungen in den Vertragsstaaten betreffend die Besteuerung von Bezügen aus der gesetzlichen Sozialversicherung;
- g) sonstige Faktoren, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten verständigen.

Gelingt es den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nicht, die Entwicklung der Entschädigungen gemäß Artikel 13 c Absätze 1 und 2 sowie gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes bis zum 30. Juni des folgenden Jahres festzulegen, findet ab dem Jahr 2021 eine vorläufige jährliche Steigerungsrate in Höhe des Durchschnitts der von Eurostat erstellten harmonisierten jährlichen Verbraucherpreisindizes der Bundesrepublik und Frankreichs Anwendung. Wird eine Einigung in Bezug auf einen Fünfjahreszeitraum, wie in den vorstehenden Bestimmungen beschrieben, erzielt, so ist sie ab dem ersten Jahr dieses Fünfjahreszeitraums anwendbar. In diesem Fall wird die Differenz zwischen den von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten festgesetzten Entschädigungen und dem vorläufigen Betrag für die Jahre des Zeitraums, in dem die Entschädigungen nicht bis zum 30. Juni des Folgejahres festgesetzt wurden, spätestens am 30. Juni des Jahres gezahlt, das auf das Jahr der Festsetzung dieses Betrags folgt.“

3. Der Wortlaut des Zusatzprotokolls vom 21. Juli 1959 zum Abkommen, der mit „Zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen auf dem Gebiete der einmaligen Abgaben vom Vermögen (ausschließlich der Erbschaftsteuer)“ beginnt und mit „Dieses Zusatzprotokoll ist Bestandteil des Abkommens.“ endet, wird Abschnitt II.

Artikel XVIII

1. Die Vertragsparteien notifizieren einander, dass die jeweils erforderlichen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung dieses Zusatzabkommens erfüllt sind. Das Zusatzabkommen tritt am ersten Tag in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem die letzte Notifikation eingegangen ist.
2. Dieses Zusatzabkommen findet in beiden Staaten Anwendung
 - a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Zusatzabkommen in Kraft getreten ist;
 - b) bei den nicht im Abzugsweg erhobenen Einkommensteuern auf Einkünfte betreffend alle Kalender- oder gegebenenfalls Wirtschaftsjahre, die nach dem Kalenderjahr des Inkrafttretens dieses Zusatzabkommens beginnen;
 - c) bei den anderen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Zusatzabkommen in Kraft getreten ist.

Artikel XIX

1. Dieses Zusatzabkommen bleibt so lange in Kraft, wie das Abkommen anzuwenden ist.

compétentes des Etats contractants s'accordent sur une autre méthode pour déterminer la juste proportion de bénéficiaires pour les années d'imposition après 2020;

- f) les changements intervenus dans la législation fiscale des Etats contractants en ce qui concerne l'imposition des pensions versées au titre des assurances sociales légales;
- g) tout autre facteur sur lequel les autorités compétentes des Etats contractants s'accordent.

Il est entendu qu'à partir de 2021, il est fait application de façon préliminaire d'un taux d'augmentation annuel du solde des montants de compensation, représentant la moyenne harmonisée des indices annuels des prix à la consommation de la République fédérale et de France tels que déterminés par Eurostat, si les autorités compétentes des Etats contractants ne parviennent pas à déterminer l'évolution de la compensation, conformément aux paragraphes (1) et (2) de l'article 13 c de la Convention et aux dispositions précédentes du présent paragraphe, avant le 30 juin de l'année suivant l'année concernée. Il est aussi entendu que, si pour une période de cinq ans, telle que mentionnée précédemment, un accord est trouvé, cet accord s'applique à compter de la première année de cette période de cinq ans. Dans ce cas, le montant représentant la différence entre le solde des montants de compensation déterminé par les autorités compétentes des Etats contractants et le solde préliminaire pour les années de la période au titre desquelles la compensation n'a pas pu être déterminée avant le 30 juin de l'année suivante est payé au plus tard le 30 juin de l'année suivant l'année au cours de laquelle ce montant a été déterminé.»

3. Le texte du Protocole du 21 juillet 1959 à la Convention commençant par «En vue d'éviter les doubles impositions dans le domaine des contributions exceptionnelles sur la fortune (à l'exclusion des droits de succession)» et se terminant par «Le présent protocole additionnel constitue partie intégrante de la Convention.» devient le paragraphe II.

Article XVIII

1. Chacune des Parties contractantes notifiera à l'autre l'accomplissement des procédures requises en ce qui la concerne pour la mise en vigueur du présent Avenant. Celui-ci entrera en vigueur le premier jour suivant le jour de réception de la dernière de ces notifications.
2. Les dispositions du présent Avenant s'appliqueront dans les deux Etats:
 - a) en ce qui concerne les impôts perçus par voie de retenue à la source, aux sommes mises en paiement à compter du 1^{er} janvier de l'année civile qui suit l'année au cours de laquelle le présent Avenant est entré en vigueur;
 - b) en ce qui concerne les impôts sur le revenu qui ne sont pas perçus par voie de retenue à la source, aux revenus afférents, suivant les cas, à toute année civile ou tout exercice commençant après l'année civile au cours de laquelle le présent Avenant est entré en vigueur;
 - c) en ce qui concerne les autres impôts, aux impôts établis au titre de périodes commençant à compter du 1^{er} janvier de l'année civile qui suit l'année au cours de laquelle le présent Avenant est entré en vigueur.

Article XIX

1. Le présent Avenant demeurera en vigueur aussi longtemps que la Convention demeurera en vigueur.

2. Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien sind berechtigt, nach Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens den Wortlaut des Abkommens in der durch das Zusatzabkommen geänderten Fassung zu veröffentlichen.

2. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes sont habilitées, après l'entrée en vigueur du présent Avenant, à publier le texte de la Convention tel que modifié par l'Avenant.

Geschehen zu Berlin am 31. März 2015 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Berlin le 31 mars 2015 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Michael Roth
Schäuble

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française

Michel Sapin
Harlem Désir

Denkschrift

I. Allgemeines

Das in Berlin am 31. März 2015 unterzeichnete Zusatzabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik ändert das bestehende Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechts-hilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (BGBl. 1961 II S. 397, 398, 1659) in der durch das Revisionsprotokoll vom 9. Juni 1969 (BGBl. 1970 II S. 717, 719, 1189) und die Zusatzabkommen vom 28. September 1989 (BGBl. 1990 II S. 770, 772; 1991 II S. 387) und 20. Dezember 2001 (BGBl. 2002 II S. 2370, 2372; 2003 II S. 542) geänderten Fassung.

Wesentliche Bestandteile des Zusatzabkommens bilden zwei Fiskalausgleiche. Ein Fiskalausgleich dient der Beseitigung des seit Jahren zu Lasten Deutschlands bestehenden finanziellen Ungleichgewichts aufgrund der im Abkommen enthaltenen Grenzgängerregelung. Der andere Fiskalausgleich steht im Zusammenhang mit dem Wechsel des Besteuerungsrechts für Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung. Deutschland kommt damit dem dringenden Wunsch Frankreichs nach, auf die nachgelagerte Besteuerung der deutschen Sozialversicherungsrenten von in Frankreich ansässigen Bezügeempfängern in Deutschland zu verzichten. Im Gegenzug gleicht Frankreich per Saldo den Deutschland hierdurch entstehenden Einnahmeverlust aus.

Daneben wird das bestehende Abkommen durch eine Reihe weiterer Regelungen an den Standard der OECD angepasst.

II. Zu den einzelnen Artikeln des Zusatzabkommens

Zu Artikel I

Dieser Artikel ändert die Artikel 1 und 2 des bestehenden Abkommens.

Artikel I Nummer 1 des Zusatzabkommens ergänzt Artikel 1 des bestehenden Abkommens um einen neuen Absatz 1, der den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens regelt. Danach gilt das Abkommen nur für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind. Insoweit wird das Abkommen an den aktuellen OECD-Standard angepasst.

Artikel I Nummer 2 beinhaltet eine rein redaktionelle Änderung.

Artikel I Nummer 3 des Zusatzabkommens passt Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a des bestehenden Abkommens (Definition des Begriffs „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“) an den aktuellen OECD-Standard an. Dadurch wird klargestellt, dass der Begriff „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ auch die Vertragsstaaten, die deutschen Bundesländer und die Gebietskörperschaften der Vertragsstaaten und der deutschen Bundesländer beinhaltet.

Artikel I Nummer 4 des Zusatzabkommens ersetzt Artikel 2 Absatz 1 Nummer 8 des bestehenden Abkommens (Definition des Begriffs „zuständige Behörde“). Die

Änderung beinhaltet eine Erweiterung des Begriffs „zuständige Behörde“ auf nachgelagerte Behörden, auf die die Befugnisse delegiert wurden, und entspricht der deutschen Abkommenspolitik.

Zu Artikel II

Dieser Artikel passt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen an den aktuellen OECD-Standard an. Im bestehenden Abkommen enthalten die Artikel 3 (Unbewegliches Vermögen), 4 (Unternehmensgewinne), 7 (Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen) und 15 (Lizenzgebühren) Regelungen zu Veräußerungsgewinnen. Entsprechend dem aktuellen OECD-Standard werden diese Regelungen in einem neuen Artikel 7 zusammengefasst.

Artikel II Nummer 1 des Zusatzabkommens hebt Artikel 3 Absatz 4 Satz 2 des bestehenden Abkommens (Unbewegliches Vermögen) auf. Danach können Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen nur im Belegenheitsstaat des unbeweglichen Vermögens besteuert werden. Diese Regelung ist nun im neuen Artikel 7 Absatz 1 zu finden (Artikel II Nummer 3 des Zusatzabkommens) mit der Maßgabe, dass für solche Gewinne nunmehr ein geteiltes Besteuerungsrecht besteht.

Artikel II Nummer 2 des Zusatzabkommens ändert Artikel 4 Absatz 4 des bestehenden Abkommens (Unternehmensgewinne). Danach galten Artikel 4 Absatz 1 und 3 auch für Gewinne aus der Veräußerung des Unternehmens im Ganzen, eines Anteils am Unternehmen, eines Teils des Unternehmens oder eines dem Unternehmen dienenden Gegenstandes. Diese Regelung wird durch den neuen Artikel 7 ersetzt (Artikel II Nummer 3 des Zusatzabkommens) und kann daher entfallen.

Artikel II Nummer 3 des Zusatzabkommens ersetzt Artikel 7 des bestehenden Abkommens durch einen neuen Artikel 7, der weitestgehend dem Artikel 13 OECD-Musterabkommen (Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen) entspricht.

Absatz 1 des neuen Artikels 7 regelt die Besteuerung der Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens. Danach können die Gewinne im Belegenheitsstaat des unbeweglichen Vermögens besteuert werden.

Absatz 2 des neuen Artikels 7 regelt die Besteuerung der Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens einer Betriebsstätte bzw. festen Einrichtung. Diese Gewinne können im Betriebsstättenstaat bzw. im Staat der festen Einrichtung besteuert werden.

Absatz 3 des neuen Artikels 7 regelt die Besteuerung der Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie von Binnenschiffen. Abweichend von Absatz 2 können diese Gewinne nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Absatz 4 des neuen Artikels 7 regelt die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Gesellschaftsanteilen, deren Wert zu mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar auf unbeweglichem Vermögen beruht. Danach können diese Gewinne im Belegenheitsstaat des unbeweglichen Vermögens besteuert werden. Mit der Herausnahme des unmittelbar zur Ausübung der Geschäftstätigkeit verwendeten unbeweglichen Vermögens

aus der Berechnung der 50-Prozent-Wertgrenze wird einem Wunsch Frankreichs entsprochen.

Absatz 5 des neuen Artikels 7 beinhaltet eine Auffangvorschrift, wonach die Gewinne aus der Veräußerung von nicht in den vorhergehenden Absätzen genanntem Vermögen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden können, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Absatz 6 des neuen Artikels 7 enthält, der deutschen DBA-Politik entsprechend, eine Regelung zur sogenannten Wegzugsbesteuerung.

Zu Artikel III

Dieser Artikel ändert Artikel 4 Absatz 9 des bestehenden Abkommens (Unternehmensgewinne).

Artikel 4 Absatz 9 des bestehenden Abkommens regelt das Konkurrenzverhältnis von Artikel 4 Absatz 1 und 3 zu den anderen im Abkommen enthaltenen Quellenstaatsnormen. Danach kann der Quellenstaat unabhängig von den Regelungen in Artikel 4 sein Quellenbesteuerungsrecht in Übereinstimmung mit dem Abkommen ausüben, soweit sie keiner in diesem Staat belegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind. Von dieser Regelung betroffen sind nach dem bestehenden Abkommen Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen und Dividenden. Mit der Änderung wurde der Anwendungsbereich auch auf Veräußerungsgewinne im Sinne des neuen Artikels 7 Absatz 1 (unbewegliches Vermögen) und 4 (Anteile an Immobilien-gesellschaften) ausgeweitet.

Zu Artikel IV

Dieser Artikel ergänzt Artikel 9 des bestehenden Abkommens (Dividenden) um einen weiteren Absatz (Absatz 10).

Mit dem neuen Absatz 10 wird Artikel 9 um eine Sonderregelung für Immobiliengesellschaften ergänzt, wie sie deutscher DBA-Politik entspricht. Danach gilt die Begrenzung des Quellenbesteuerungsrechts der Absätze 2, 3 und 5 nicht für Schachteldividenden von Immobiliengesellschaften. Diese können zu dem national geltenden Steuersatz besteuert werden.

Zu Artikel V

Dieser Artikel ändert Artikel 12 des bestehenden Abkommens (Selbständige Tätigkeit). Hierbei handelt es sich um eine Folgeänderung aufgrund des Artikels VIII des Zusatzabkommens, mit dem eine gesonderte Regelung zur Besteuerung von Künstlern und Sportlern in das Abkommen aufgenommen wird.

In Artikel V Nummer 1 wird der Anwendungsbereich des Artikels 12 Absatz 1 des bestehenden Abkommens eingeschränkt und dem neuen Artikel 13 b (Besteuerung von Künstlern und Sportlern) Vorrang eingeräumt.

Artikel V Nummer 2 hebt Artikel 12 Absatz 2 Satz 2 des bestehenden Abkommens auf, der eine Regelung über die Besteuerung von Künstlern und Sportlern enthielt, die durch die Einfügung des neuen Artikels 13 b nicht mehr erforderlich ist.

Zu Artikel VI

Dieser Artikel ändert Artikel 13 des bestehenden Abkommens (Unselbständige Arbeit) und regelt die Besteuerung

von Zahlungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung neu.

Artikel VI Nummer 1 beinhaltet eine redaktionelle Änderung in Artikel 13 Absatz 5 Buchstabe a des bestehenden Abkommens. Durch die Ergänzung des Begriffs „Grenzgänger“ wird dieser Begriff für die weitere Verwendung im Abkommen definiert.

Artikel VI Nummer 2 ändert Artikel 13 Absatz 8 des bestehenden Abkommens. Bisher bezog sich die Regelung nur auf private Ruhegehälter und Leibrenten. Diese konnten nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist. Die Besteuerung von Zahlungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung unterfiel hingegen nicht dieser Regelung. Diese konnten nach Artikel 14 Absatz 2 Nummer 1 des bestehenden Abkommens nur im Auszahlungsstaat besteuert werden. Zahlungen aus der deutschen gesetzlichen Sozialversicherung an in Frankreich ansässige Bezieher wurden daher seit dem Übergang zur nachgelagerten Besteuerung zum 1. Januar 2005 in Deutschland besteuert. Nach Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a des bestehenden Abkommens konnten diese Zahlungen aber auch in Frankreich besteuert werden. Eine daraus resultierende Doppelbesteuerung war durch Frankreich als Ansässigkeitsstaat durch Anrechnung der deutschen Steuer auf die französische Steuer zu beseitigen.

Auf Wunsch Frankreichs wurde die Besteuerung der Zahlungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung im Rahmen dieses Zusatzabkommens neu geregelt. Zukünftig können Zahlungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung nur noch im Ansässigkeitsstaat des Bezügeempfängers besteuert werden. Die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen werden vom anderen Vertragsstaat durch Zahlung eines Fiskalausgleichs entsprechend kompensiert (siehe Artikel IX des Zusatzabkommens). Damit wird der Vorgabe, die nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften auch international umzusetzen, in fiskalischer Hinsicht auch im Verhältnis zu Frankreich Rechnung getragen.

Zu Artikel VII

Dieser Artikel führt einen neuen Artikel 13 a in das bestehende Abkommen ein.

Artikel 13 a enthält Regelungen über einen Fiskalausgleich in Bezug auf die in Artikel 13 Absatz 5 des bestehenden Abkommens enthaltene Grenzgängerregelung. Die Grenzgängerregelung sieht vor, dass Arbeitnehmer, die im Grenzgebiet des einen Vertragsstaats tätig sind, mit ihren Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit nicht, wie ansonsten international allgemein üblich, im Tätigkeitsstaat, sondern in ihrem Wohnsitzstaat besteuert werden. Da die Anzahl der französischen Grenzgänger höher ist als die Anzahl der deutschen Grenzgänger, ist diese Bestimmung für Frankreich günstiger als für Deutschland. Beide Seiten hielten daher die Implementierung eines Fiskalausgleichs bereits seit Langem für geboten (vgl. Denkschrift zu Artikel 3 zum Zusatzabkommen vom 28. September 1989, Bundestagsdrucksache 11/6533). Eine entsprechende Regelung konnte nunmehr in Form des neuen Artikels 13 a vereinbart werden.

Nach Absatz 1 zahlt der nach Artikel 13 Absatz 5 des bestehenden Abkommens zur Besteuerung berechnete Staat (Wohnsitzstaat) dem Tätigkeitsstaat eine Entschä-

digung in Höhe von 1,5 Prozent der gesamten Bruttojahresvergütungen der Grenzgänger.

Absatz 2 definiert den Begriff „Bruttojahresvergütungen“.

Die Absätze 3 und 4 bestimmen, dass die Bruttojahresvergütungen anhand der jährlich vom Arbeitgeber zu erstellenden Gehaltsaufstellung zu ermitteln sind.

Nach Absatz 5 sind die zu zahlenden Ausgleichsbeträge bis spätestens 30. April des Folgejahres dem jeweils anderen Staat mitzuteilen. Die Ausgleichszahlung hat bis spätestens 30. Juni des Folgejahres zu erfolgen.

Nach Absatz 6 haben die Vertragsstaaten die zur Durchführung des Fiskalausgleichs erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen im gegenseitigen Einvernehmen zu ergreifen. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass alle fünf Jahre überprüft wird, ob die nach Absatz 1 zu zahlende Entschädigung maximal 44 Prozent der Steuer auf die gesamten Bruttojahresvergütungen der Grenzgänger entspricht. Gegebenenfalls ist die Höhe der Entschädigungszahlung anzupassen.

Zu Artikel VIII

Dieser Artikel führt einen neuen Artikel 13 b in das bestehende Abkommen ein, der sich mit der Besteuerung von Künstlern und Sportlern befasst.

Nach Absatz 1 dürfen Künstler und Sportler mit ihren Einkünften stets im Tätigkeitsstaat besteuert werden. Dies gilt auch für Einkünfte aus der Nutzung von Persönlichkeitsrechten.

Auch wenn die Einkünfte dem Künstler oder Sportler nicht unmittelbar zufließen, dürfen diese Einkünfte nach Absatz 2 im Tätigkeitsstaat bzw. im Falle der Nutzung von Persönlichkeitsrechten in dem Staat, aus dem die Einkünfte bezogen werden, besteuert werden.

Das Besteuerungsrecht geht jedoch nach Absatz 3 auf den Wohnsitzstaat über, wenn die Tätigkeit des Künstlers oder Sportlers ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unterstützt wird (Förderung des Kulturaustauschs).

Zu Artikel IX

Dieser Artikel führt einen neuen Artikel 13 c in das bestehende Abkommen ein.

Artikel 13 c enthält Regelungen über einen Fiskalausgleich in Bezug auf die Neuregelung der Rentenbesteuerung im neuen Artikel 13 Absatz 8 (Artikel VI des Zusatzabkommens). Nach Absatz 1 schuldet der Vertragsstaat, dem nunmehr nach Artikel 13 Absatz 8 das Besteuerungsrecht für Zahlungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung zusteht, dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zahlungen stammen und dem bisher das Besteuerungsrecht für diese Zahlungen nach dem bestehenden Abkommen zustand, eine Entschädigung in Höhe der entstandenen Steuermindereinnahmen.

Nach Absatz 2 wird – abweichend von der Regelung zum Grenzgängerfiskalausgleich – lediglich der Saldo der nach Absatz 1 festgesetzten Entschädigungen am oder vor dem 30. Juni des Jahres, das dem Jahr folgt, für das die Entschädigungen festgesetzt worden sind, ausgeglichen. Dadurch werden die in Deutschland durch die Neu-

regelung der Rentenbesteuerung entstehenden Steuermindereinnahmen kompensiert.

In Absatz 3 verpflichten sich die Vertragsparteien, die Anwendung des Fiskalausgleichs sicherzustellen, indem ihre jeweils zuständigen Behörden einvernehmlich die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen ergreifen.

Zu Artikel X

Dieser Artikel ändert Artikel 14 des bestehenden Abkommens (Öffentlicher Dienst).

Mit der Änderung in Absatz 1 wurde der Anwendungsbereich der Vorschrift auf die Gebietskörperschaften ausgedehnt.

In Absatz 2 ist durch die Neuregelung der Besteuerung von Zahlungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung die bisherige Nummer 1 entfallen.

Absatz 3 wurde um einen Satz ergänzt, wonach öffentliche Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und Universitäten keine auf Gewinnerzielungsabsicht gerichtete gewerbliche Tätigkeit ausüben.

Zu Artikel XI

Dieser Artikel ändert Artikel 15 des bestehenden Abkommens (Lizenzgebühren).

Mit der Änderung wird Absatz 4 aufgehoben und durch den bisherigen Absatz 5 ersetzt. Artikel 15 Absatz 4 des bestehenden Abkommens enthielt eine Regelung zur Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Entsprechend dem OECD-Musterabkommen sind nunmehr die Vorschriften zur Besteuerung von Veräußerungsgewinnen im neuen Artikel 7 (siehe Artikel II des Zusatzabkommens) zusammengefasst.

Zu Artikel XII

Dieser Artikel ändert Artikel 20 des bestehenden Abkommens (Vermeidung der Doppelbesteuerung).

Artikel 20 des bestehenden Abkommens regelt die Vermeidung der Doppelbesteuerung, wenn Einkünfte und Vermögenswerte nach dem Abkommen sowohl im Ansässigkeitsstaat als auch im anderen Staat (Quellen-, Belegenheits- bzw. Kassenstaat) besteuert werden können. In Absatz 1 sind die deutschen Vermeidungsvorschriften enthalten. Absatz 2 bestimmt, wie die Doppelbesteuerung in Frankreich vermieden wird.

Deutschland vermeidet die Doppelbesteuerung gemäß Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe a grundsätzlich mit Hilfe der Freistellungsmethode. Mit dem Zusatzabkommen wird eine Umschaltklausel (Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe d) ergänzt (siehe Artikel XII Nummer 3 des Zusatzabkommens). Danach kann Deutschland bei Unternehmensgewinnen und Einkünften aus selbständiger Arbeit von der Freistellungsmethode zur Anrechnungsmethode übergehen, wenn dies Frankreich entsprechend notifiziert wird. Die Umschaltklausel steht unter dem Vorbehalt der Einhaltung der Voraussetzungen des innerstaatlichen Rechts.

Nummer 1 erweitert dementsprechend den in Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe a des bestehenden Abkommens enthaltenen Vorbehalt auch auf die nunmehr eingeführte Umschaltklausel im neuen Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe d.

Mit Nummer 2 wird der Anwendungsbereich der Anrechnungsmethode auch auf Einkünfte aus Immobiliengesellschaften und von Künstlern und Sportlern ausgedehnt.

Die Änderungen in den Nummern 4 bis 6 beziehen sich auf die Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in Frankreich.

Nummer 4 ändert Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a des bestehenden Abkommens. Danach kann Frankreich Einkünfte, die aus Deutschland stammen und nach dem Abkommen in Deutschland besteuert werden können, auch in Frankreich besteuern, wenn sie von einer dort ansässigen Person bezogen werden. Nach der neuen Regelung gilt das jedoch nicht für nach innerstaatlichem französischem Recht von der Körperschaftsteuer befreite Einkünfte. Das französische Besteuerungsrecht wird insoweit zugunsten körperschaftsteuerbefreiter Personen eingeschränkt.

Nummer 5 ändert die in Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa, bb und cc des bestehenden Abkommens enthaltenen Steueranrechnungsvorschriften. Mit der Änderung wird die in Doppelbuchstabe aa enthaltene Steuergutschrift nach französischem Recht eines ggf. bestehenden Anrechnungsüberhangs aufgehoben. Nach dem neuen Doppelbuchstaben bb, der die Regelungen des bisherigen Doppelbuchstabens cc enthält, wird die Anrechnung an die Steuerpflicht in Deutschland geknüpft.

Nummer 6 ändert Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe b des bestehenden Abkommens, der eine Sondervorschrift zur französischen Gruppenbesteuerung enthielt. Die Änderung vollzieht eine Änderung im innerstaatlichen französischen Recht nach und stellt deren Anwendung sicher.

Zu Artikel XIII

Dieser Artikel ändert Artikel 21 des bestehenden Abkommens (Gleichbehandlung).

Mit Nummer 1 wird an Artikel 21 Absatz 1 des bestehenden Abkommens ein Satz angefügt. Dieser gilt der Klarstellung, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Person nicht den gleichen Verhältnissen unterworfen wird wie eine nicht in diesem Staat ansässige Person.

Mit Nummer 2 wird ein neuer Absatz an Artikel 21 angefügt, der die Gleichstellung von Altersvorsorgeeinrichtungen regelt.

Nummer 3 enthält nur redaktionelle Änderungen.

Zu Artikel XIV

Dieser Artikel ändert Artikel 23 des bestehenden Abkommens (Gegenseitige Beitreibungshilfe) und passt das Abkommen insoweit an den OECD-Standard zur Beitreibungshilfe an.

Zu Artikel XV

Dieser Artikel ändert Artikel 24 Absatz 1 Satz 2 des bestehenden Abkommens (Diplomaten und Konsularbeamte). Die Änderung ist eine weitgehend redaktionelle Anpassung.

Zu Artikel XVI

Dieser Artikel ändert die Artikel 25 und 25 a des bestehenden Abkommens (Rechtsbehelfe, Verständigungsverfahren und Schiedskommission) und passt das Abkommen insoweit an den OECD-Standard im Bereich der Verständigungs- und Schiedsverfahren an.

Zu Artikel XVII

Dieser Artikel ändert das Protokoll zum bestehenden Abkommen.

Die Nummern 1 und 3 enthalten nur redaktionelle Änderungen.

Nummer 2 fügt einen neuen Abschnitt I in das Protokoll ein, der in drei Nummern unterteilt ist:

Nummer 1 enthält eine Regelung zur Anspruchsberechtigung von Pensionsfonds und ähnlichen Einrichtungen. Danach hat ein Pensionsfonds oder eine ähnliche Einrichtung Anspruch auf die Abkommensvergünstigungen nach den Artikeln 9 (Dividenden), 10 (Zinsen) und 15 (Lizenzgebühren), sofern mehr als 50 Prozent des begünstigten Personenkreises in Deutschland oder Frankreich ansässige natürliche Personen sind.

Nummer 2 beinhaltet eine Definition des in dem neuen Artikel 13 b verwandten Begriffs „Model“.

Nummer 3 enthält ergänzende Regelungen zur Bestimmung des Fiskalausgleichs in Bezug auf die Rentenbesteuerung. Danach wird der nach dem neuen Artikel 13 c (Artikel IX des Zusatzabkommens) auszugleichende Differenzbetrag für die Jahre bis 2020 anhand eines Referenzrahmens ermittelt. Hierbei wurde ein Ausgleichsbetrag Frankreichs für das Jahr 2013 in Höhe von 16 Millionen Euro zugrunde gelegt, der bis zum Jahr 2020 auf 30 Millionen Euro ansteigt. Dabei wurde bereits ein Anspruch Frankreichs auf Zahlung eines Ausgleichsbetrags durch Deutschland berücksichtigt. Bei dem Referenzrahmen von 16 Millionen Euro für das Jahr 2013 und 30 Millionen Euro für das Jahr 2020 handelt es sich daher um saldierte Beträge. Die jährliche Steigerungsrate beträgt 9,4 Prozent. Die erste Ausgleichszahlung ist für das Jahr der erstmaligen Anwendung des Zusatzabkommens zu leisten. Für das Jahr 2016 hätte Frankreich an Deutschland einen Ausgleich von ca. 21 Millionen Euro zu zahlen.

Die Ausgleichszahlungen werden ab dem Jahr 2021 regelmäßig für den folgenden Fünfjahreszeitraum anhand der aktuellen Entwicklungen festgelegt. Dabei sind folgende Faktoren zu berücksichtigen, die auch bei der Festlegung des Referenzrahmens für die Jahre 2013 bis 2020 maßgeblich berücksichtigt wurden: Anzahl der Rentenempfänger, Höhe der Rentenbezüge, steuerpflichtiger Teil der Rentenbezüge, durchschnittlicher Steuersatz, Optionsquote und mögliche Steuerrechtsänderungen. Hierzu legen die zuständigen Behörden der Vertragsparteien die ihnen zur Verfügung stehenden statistischen Werte der Vergangenheit zugrunde und extrapolieren diese nach entsprechenden statistischen Verfahren auf den Fünfjahreszeitraum, für den die Festsetzung der Ausgleichszahlungen erfolgt. Sollte den zuständigen Behörden die Fortschreibung der Ausgleichszahlungen ab dem Jahr 2021 für irgendein Jahr nicht

rechtzeitig bis zum 30. Juni des Folgejahres möglich sein, kommt eine vorläufige jährliche Steigerungsrate in Höhe des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex beider Staaten zur Anwendung. Haben die zuständigen Behörden den Fiskalausgleich für das betreffende Jahr bestimmt, ist die Differenz zwischen vorläufigem und endgültigem Fiskalausgleich bis spätestens 30. Juni des dem Jahr der endgültigen Festsetzung folgenden Jahres auszugleichen.

Zu Artikel XVIII

Dieser Artikel regelt in Nummer 1 die Notifikation und das Inkrafttreten und in Nummer 2 die erstmalige An-

wendung des Zusatzabkommens. Hiernach tritt das Zusatzabkommen am auf den Tag des Eingangs der letzten Notifikation folgenden Tag in Kraft und wird ab dem dem Jahr des Inkrafttretens folgenden Jahr anzuwenden sein.

Zu Artikel XIX

Dieser Artikel regelt in Nummer 1, dass das Zusatzabkommen solange in Kraft bleibt, wie das bestehende Abkommen anzuwenden ist. Nach Nummer 2 können sowohl Deutschland als auch Frankreich den Wortlaut des Abkommens in der durch das Zusatzabkommen geänderten Fassung veröffentlichen.

